

Sozialistische Republik Vietnam



**Kampf der katholischen Gemeinde Thai Ha (Hanoi)
um die Rückgabe konfiszierter Kirchengrundstücke**

Der gescheiterte Dialog

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

– Deutsche Sektion e.V. –



© IGFM, November 2008 – Zweite Auflage, Dezember 2008

Postfach 10 11 32, 60011 Frankfurt a.M.

Borsigallee 9, 60388 Frankfurt a.M.

Tel.: 069 420 108 0, Fax: 069 420 108 33

E-mail: info@igfm.de, Web: <http://www.igfm.de>

Der gescheiterte Dialog

1. Zusammenfassung und Empfehlungen	S. 3
2. Das Streitobjekt	S. 5
<i>a) Enteignungsgeschichte</i>	S. 5
<i>b) Die Zurrückeroberung des Gerardo-Tempels</i>	S. 6
<i>c) Aktueller Streit um das Grundstück der Bekleidungsfirma Chien Thang</i>	S. 7
3. Streitfragen	S. 7
<i>a) Das Eigentumsrecht im sozialistischen Vietnam</i>	S. 7
<i>b) Schlampige Regierungsarbeit</i>	S. 9
4. Die Dauermahnwache in Thai Ha	S. 9
<i>a) Die Massengebete</i>	S. 9
<i>b) Unterschiedliche Interpretationen über das Recht auf religiöse Versammlung</i> .	S. 10
<i>c) Weitere Vorwürfe</i>	S. 11
5. Die Eskalation	S. 12
<i>a) Aufstellen der Marienstatuen</i>	S. 12
<i>b) Erster Angriff auf heilige Bilder</i>	S. 14
<i>c) Verhaftungen</i>	S. 15
<i>d) Demonstration vor der Polizeiwache</i>	S. 15
<i>e) Der Gasanschlag</i>	S. 16
6. Die Pogrom-Nacht	S. 16
<i>a) Öffentliche Drohgebärde gegen den Erzbischof und die Priester</i>	S. 16
<i>b) Angespannte Atmosphäre</i>	S. 17
<i>c) Tragisches Ende im Streit um die Apostolische Delegatur</i>	S. 17
<i>d) Der Pogrom</i>	S. 19
7. Die Medienschlacht	S. 21
<i>a) Hetz- und Verleumdungskampagne</i>	S. 21
<i>b) Gegenstimmen der Betroffenen</i>	S. 22
8. Dialog oder kein Dialog?	S. 23
<i>a) Dialog um die Apostolische Delegatur</i>	S. 23
<i>b) Kein Dialog in Thai Ha</i>	S. 25
<i>i) Das Fehlen einer gemeinsamen Verhandlungsbasis</i>	S. 26
<i>ii) Das Fehlen fester Ansprechpartner und klarer Kompetenz</i>	S. 26
<i>iii) Kein klares und festes Verfahren</i>	S. 27
<i>iv) Gegenseitiges Misstrauen</i>	S. 28
<i>v) Keine transparente Regierungshandlungen</i>	S. 29
<i>vi) Undurchsichtige Entscheidungen</i>	S. 29
9. Ausblick und Empfehlungen	S. 30

ANLAGE I: Chronologie des Streits um das Kircheneigentum in Thai Ha, Hanoi
ANLAGE II: Chronologie des Streits um die Apostolische Delegatur in Hanoi
ANLAGE III: Namensliste der Gefangenen bzw. Angeklagten

Danksagung für die zweite Auflage

Für zahlreiche Änderungen in der zweiten Auflage danken wir Dr. Tran Hoanh. Insbesondere hat er darauf hingewiesen, dass Vietnam zu keinem Zeitpunkt eine diplomatische Beziehung zum Vatikan hatte. Die in der ersten Auflage verwendeten Begriffe wie Nuntius bzw. Nuntiatuur wurden korrekterweise in dieser Auflage durch Apostolischer Delegat bzw. Apostolische Delegatur ersetzt. In diese Auflage hat die IGFM den Prozess am 8. Dezember 2008 gegen acht Katholiken in Thai Ha eingearbeitet.

1. Zusammenfassung und Empfehlungen

Nach der Machtübernahme der Kommunisten in Nordvietnam verlor die katholische Kirche zahlreiche Grundstücke und Gebäude. Allein in der Hauptstadt Hanoi wurden mindestens 95 Immobilien konfisziert. Jahrelang versuchte die Kirche, mit der Regierung über die Rückgabe kirchlichen Eigentums zu verhandeln. Sie begründete ihr Anliegen damit, dass sie aufgrund der hohen Wachstumsrate mehr Platz für ihre Gläubigen brauchte, während viele ihrer konfiszierten Objekte für kommerzielle Zwecke benutzt, illegal zwischen korrupten Firmen und Beamten hin und her übertragen oder verwüstet wurden. Ihre stille Diplomatie mit Unterstützung des Vatikans hatte zur Rückgabe von einigen wenigen prominenten Objekten geführt. Aber zu den meisten umstrittenen Kirchengrundstücken schied sich Regierung aus.

Seit Ende 2007 versucht die katholische Kirche in Vietnam, den Kampf um kirchliches Eigentum öffentlich zu führen und damit mehr Druck auf die Regierung auszuüben. Die friedlichen Massengebete in Hanoi, die auf dem Gelände der ehemaligen Apostolischen Delegatur (18.12.2007 -31.01.2008) und auf dem Gelände des Redemptoristenklosters in Thai Ha (05.01.2008-21.09.2008) stattfanden, haben tausende Katholiken mobilisiert. Diese Gebetsveranstaltungen dauerten monatelang an - in einem Land, wo das Recht auf Versammlungs- und Religionsfreiheit stark eingeschränkt ist. In dem neun Monate lang dauernden Streit um das Grundstück der Redemptoristen in Thai Ha erfuhr die breite Öffentlichkeit zum ersten Mal Einzelheiten über den rechtswidrigen Konfiszierungsvorgang sowie den laschen Umgang der Regierung mit Rückgabeforderungen.

Am Beispiel des Streits in Thai Ha setzt sich diese Dokumentation mit dem Dialog zwischen Staat und Kirche in Vietnam auseinander. Der ausführlichen Analyse des Streits sind die Chronologien der Ereignisse in Thai Ha und um die Apostolische Delegatur beigelegt. Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind die in dieser Dokumentation verwendeten Bilder den katholischen Websites vietcatholic.net oder giaoxuthaiha.org entnommen.

Das Beispiel Thai Ha zeigt deutlich, dass Vietnam noch einen langen Weg zum Rechtsstaat vor sich hat und nicht bereit ist, die Aufarbeitung seiner Vergangenheit zuzulassen. Die Regierung setzt weiterhin auf listige, willkürliche und brutale Maßnahmen zur Beendigung eines zivilen Streits. Auch der acht Monate lang dauernde Dialog um die Rückgabe der Apostolischen Delegatur in Hanoi, welcher durch Beendigung der Massenversammlung der Katholiken Anfang Februar 2008 und mit hoffnungsvollen Versprechen der Regierung begann, wurde mit brutaler Gewalt beendet. Die Entscheidung der Regierung, an beiden Plätzen öffentliche Parks einzurichten, stieß bei den Katholiken auf Unverständnis, denn sie glaubten, dass die Regierung die Gelände auch an die Kirche hätte zurückgeben können. Der offizielle Grund, die dicht bevölkerte Stadt Hanoi bräuchte Grünfläche, ist ihrer Meinung nach vorgeschoben mit der Absicht, die Bevölkerung gegen die Kirche aufzuwiegeln. Das Vertrauen zum Staat ist schwer ramponiert.

Die Katholiken hatten sich in dem Streit um die beiden konfiszierten Objekte in Hanoi sehr friedlich und diszipliniert verhalten, um den Weg des Dialogs nicht zu gefährden. Welche Folge der gescheiterte Dialog auf den Kampf um die beiden Streitobjekte in Hanoi hat, ist nicht noch nicht absehbar. Die Katholiken können sich zwar nicht mehr an diesen Orten ver-

sammeln, aber die anliegenden Kirchen dort sind noch nie so voll gewesen. Und die katholische Kirche setzt weiterhin auf das Gebet – auch in gemeinsamer Form.

Der Dialog ist gescheitert, weil die Grundsätze zu unterschiedlich waren. Während die Kirche auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Fairness setzte, verlangte die Regierung absolute Gehorsamkeit und unbedingten Respekt vor den Behörden. Die Frage des Eigentumsrechts ist akuter denn je. Vietnam hat den Widerspruch zwischen seiner Konfiszierungspolitik in der Vergangenheit und dem Nutzungsrecht in der heutigen Politik der „Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung“ nie deutlich klären können.

Nach den Vorfällen erklärte die katholische Bischofskonferenz, dass sie dem Weg des Dialogs folgen wird ¹. Das soll aber ein anderer, ein neuer Dialog werden. Der Letzte war gestockt und am Ende gescheitert, weil die Regierung der Kirche nur das Bittrecht einräumte. Der Erzbischof von Hanoi Ngo Quang Kiet sagte am Ende verbittert, dass Religionsfreiheit ein Recht und keine Gnade sei ². Wegen seiner harten Kritik und Haltung hatte die Regierung den Erzbischof zur Person non grata erklärt.

Mit der Forderung an die Bischofskonferenz, den Erzbischof und die Priester in Thai Ha zu bestrafen und aus Hanoi in andere Regionen zu versetzen, hat die Regierung den Streit in eine Sackgasse manövriert. Denn die katholische Kirche befand, dass der Erzbischof nicht das geltende Kirchengesetz gebrochen hat, und sicherte ihm ihre weitere Unterstützung zu.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ruft die vietnamesische Regierung bei der Lösung von Landstreit mit Religionsgemeinschaften dazu auf:

- **Das Recht auf Religionsfreiheit und das Recht auf Meinungsfreiheit einzuhalten, die in dem von Vietnam 1982 unterzeichneten Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte fest verankert sind;**
- **die am 8.12.2008 verurteilten Katholiken im Revisionsverfahren freizusprechen (siehe Anlage III);**
- **die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme des Kircheneigentums durch eine unabhängige Kommission, in der alle Streitparteien vertreten sind, zu prüfen;**
- **kohärente Rechtsgrundlagen für das Eigentums- und Nutzungsrecht in Bezug auf konfiszierte Gebäude und Grundstücke der Religionsgemeinschaften zu schaffen;**
- **Prinzipien der Rechtstaatlichkeit und der Fairness für den Dialog zu Grunde zu legen;**
- **das vom Gesetz festgeschriebene Beschwerdeverfahren einzuhalten und die Prüfung durch ein unabhängiges Gericht zuzulassen;**
- **auf List, Gewalt und Hetzkampagnen zu verzichten;**
- **eine Untersuchung der Pogromnacht vom 21. zum 22.09.2008 einzuleiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.**

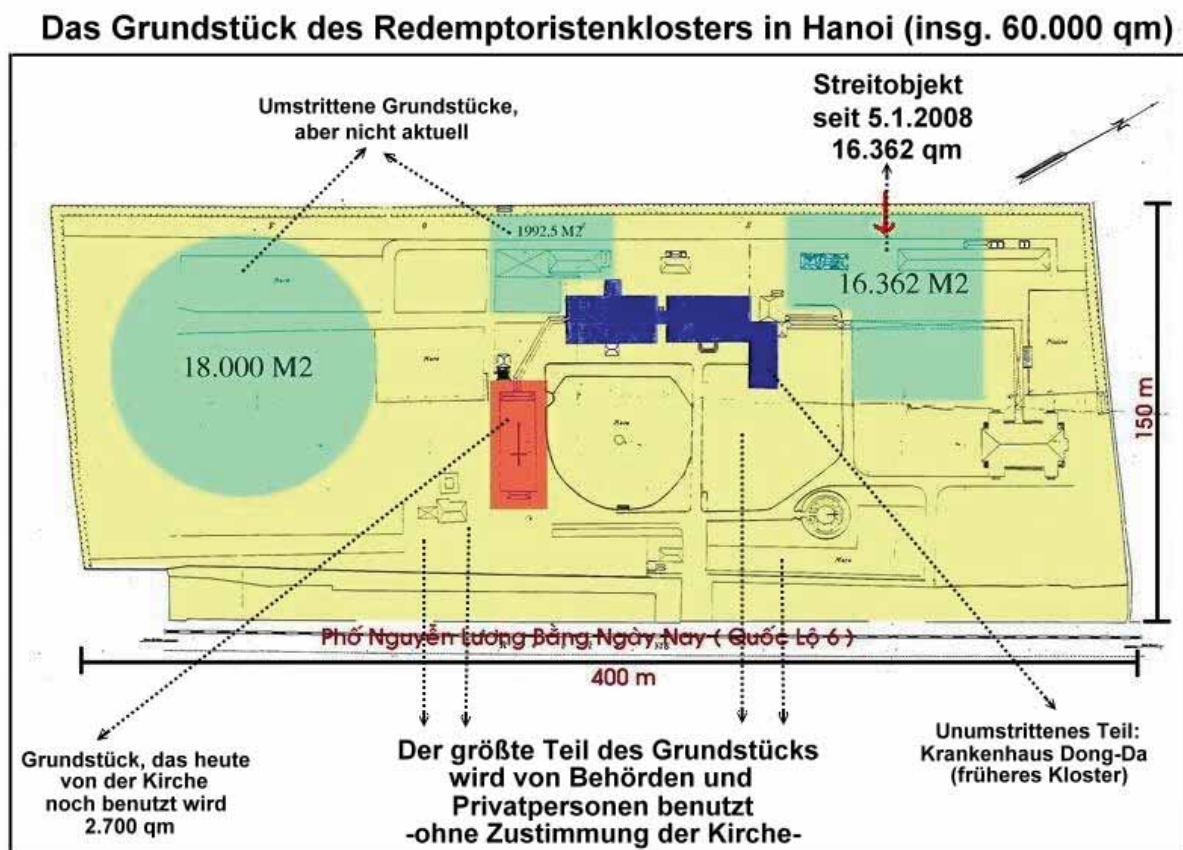
¹ Brief der Bischofskonferenz an die Katholiken in Vietnam, 03.10.2008
<http://giaoxuthaiha.org/Web/ContentDetail.aspx?distid=444>

² Rede des Erzbischofs von Hanoi Ngo Quang Kiet beim Treffen mit Vertretern des Volkskomitees der Stadt Hanoi am 20.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadArticle.aspx?Id=58896>

2. Das Streitobjekt

Die Redemptoristen erwarben 1928 ein 60.000 qm großes Grundstück in Thai Ha, Hanoi. Auf diesem Grundstück befanden sich unter anderem ein Kloster, eine Kapelle, ein Novizenwohnheim, ein Gästehaus, ein Clubhaus für Jugendliche (s. Grafik).

Die Redemptoristen beklagen, dass sie heute nur noch ein Zwanzigstel ihres früheren Grundbesitzes von 60.000 qm in Anspruch nehmen können. Sie benutzen heute eine Fläche von 2.700 qm, auf der früher eine Kapelle stand, die heute als Kirche für die Gemeinde Thai Ha benutzt wird (siehe Grafik, rote Markierung). Andere, d. h. die konfiszierten Gebäude der frühen Klosteranlage werden zweckentfremdet benutzt. Auf dem Gelände des Klosters befinden sich heute neben drei Wirtschaftsunternehmen, einem Krankenhaus, einem Büro des Roten Kreuzes, den Verwaltungsgebäuden des Volkskomitees des Unterbezirks, einer Staatsbank und einer Schule noch zahlreiche Häuser von Privatpersonen. Die Kirche der Gemeinde Thai Ha platzt aus alle Nähten, wenn am Sonntag Messe gefeiert wird. Die Redemptoristen verlangen deshalb die Rückgabe eines Teils ihres Grundstückes, damit sie sie für religiöse und wohltätige Zwecke nutzen können.



a) Enteignungsgeschichte

Nach der Machtübernahme der Kommunisten 1954 in Nordvietnam flohen hunderttausende Katholiken in den Süden, darunter auch die meisten Redemptoristen. Nur fünf Redemptoristen blieben in Hanoi zurück. Zwei von ihnen, die kanadische Staatsangehörigen waren, wurden später aus dem Lande gewiesen. Zwei vietnamesische Redemptoristenbrüder wurden verhaftet und starben später in Gefangenschaft. Allein Pater Vu Ngoc Bich überlebte.

Der Redemptoristen-Pater Vu Ngoc Bich verwaltete damals allein die Redemptoristen-Anlage in Thai Ha und war mit einer feindlichen Grundhaltung der regierenden Kommunisten gegen-

über dem Katholizismus konfrontiert. Katholiken seien Handlanger der französischen Kolonialisten und antikommunistisch eingestellt, hieß es damals. In der Zeit zwischen 1961 und 1963 wurden im Zuge der Enteignungspolitik mehrere Gebäude der Redemptoristen in Thai Ha von der Regierung willkürlich beschlagnahmt und von staatlichen Stellen zweckentfremdet. Pater Bich selbst wurde 1973 aus dem Klostergebäude vertrieben. Das Klostergebäude wurde erst als Kaserne, später als Krankenhaus (Krankenhaus Dong Da) genutzt. In der früheren Kapelle im Krankenhauskomplex ist heute ein Tanzclub untergebracht.



Tanzclub in der ehemaligen Redemptoristenkapelle ³

Die Redemptoristen fordern heute die Rückgabe einer Grundstücksfläche von insgesamt 36.354 qm. Sie betonen, dass sie sich mit der Regierung nicht um Grundstücke streiten wollen, die für öffentliche Zwecke – wie z.B. das Krankenhaus Dong Da - benutzt werden. Sie fordern nur Grundstücke zurück, die von staatlichen Firmen (Elektrizitätswerk und Betrieb für Zementtransport) oder von der privaten Bekleidungsfirma Chien Thang AG benutzt werden. Während die Redemptoristen den Streit um das Grundstück des Elektrizitätswerks und des Zementtransportbetriebs mit Verwüstung und Verschwendung begründeten, wurde die Auseinandersetzung um das Grundstück der Bekleidungsfirma Chien Thang vor einem Korruptionshintergrund geführt.

b) Die Zurückeroberung des Gerardo-Tempels

1996 intensivierten die Redemptoristen ihre Forderung nach Rückgabe ihres Besitzes. Damals wehrten sich die Redemptoristen dagegen, dass staatliche Firmen willkürlich Teile ihres ehemaligen Grundstücks sich gegenseitig übertragen, weiterverkauft und einige Gebäude des Klosters abgerissen hatten. 2007 organisierten die Redemptoristen mit der Kirchengemeinde Thai Ha zwei Kundgebungen in Hanoi, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Nachdem die Behörden auf ihre Petitionen nicht reagierten, ergriffen Priester und Gemeindeglieder in Thai Ha im November 2007 die Initiative, Sie „eroberten“ eine Kapelle auf dem Grundstück des Elektrizitätswerks und des Betriebs für Zementtransport, weil diese Kapelle ihrer Meinung nach zweckentfremdet benutzt wurde: Die Firmen hätten die Kapelle als Lager für Baumaterialien verwendet, das auch als Treffpunkt für Drogensüchtige diene. Die Gemeinde renovierte die Kapelle und weihte sie am 19.12.2007 als „Tempel Gerardo“ ein. Sie riss ein Stück des Mauerzauns ein, um ein Stahltor für den Tempel anzubringen. Der Gerardo-

³ <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadAllArticles.aspx?d=1&dt=13%2f08%2f2008#57376>

Tempel in Thai Ha wurde für die Katholiken zum Ort des täglichen Gebets. In der Pogrom-Nacht vom 21.09.2008 wurde der Tempel angegriffen und seine Tore eingerissen.

c) Aktueller Streit um das Grundstück der Bekleidungsfirma Chien Thang

Der am 05.01.2008 entfachte Streit in Thai Ha betraf hauptsächlich das Grundstück der Bekleidungsfirma Chien Thang (siehe Grafik, blaue Markierung rechts oben mit der Aufschrift „16.362 M²“). Auf diesem Grundstück befanden früher unter anderem ein Clubhaus, ein Stall und ein Schwimmbad. Nach der Enteignung 1961 vergab die Regierung das Grundstück samt Gebäude an die staatliche Teppichweberei Dong Da. Diese hatte 1968 im Zuge der Verschmelzung das Grundstück an den staatlichen Bekleidungsbetrieb „Chien Thang“ (Sieg) weiter gegeben, der Uniformen fürs Militär herstellte. 2004 wurde der Bekleidungsbetrieb „Chien Thang“ privatisiert. Die daraus entstandene „Bekleidungsfirma Chien Thang AG“ ist heute eine Aktiengesellschaft mit einem staatseigenen Anteil von 51%. Nachdem die Bekleidungsfirma Anfang 2007 wegen sinkendem Absatz mehrere Fabrikgebäude abreißen ließ, forderten die Redemptoristen die Rückgabe des Grundstücks, weil sie glaubten, dass die Bekleidungsfirma vor hat, das Grundstück an einen Immobilienmakler weiter zu verkaufen. Im April 2008 bestätigte die interdisziplinäre Untersuchungskommission der Regierung, dass die Bekleidungsfirma im März 2007 tatsächlich versucht hatte, das Grundstück an einen Immobilienmakler zu verkaufen. Der Makler war in letzter Minute vom Vertrag abgesprungen, als er festgestellt hatte, dass die Eigentumsfrage des Grundstücks nicht geklärt ist. Die Untersuchungskommission war der Meinung, dass ohne den Protest der Redemptoristen das Grundstück „abhanden gekommen wäre“.



Bild links: 40jähriges Jubiläum der Bekleidungsfirma Chien Thang am 15.06.2008 ⁴.
Bild rechts: Seit Jahren herrscht Verwüstung auf dem Grundstück der Firma Chien Thang

3. Streitfragen

a) Das Eigentumsrecht im sozialistischen Vietnam

Die vietnamesische Regierung vertritt den Standpunkt, dass das Land nach sozialistischem Gesetz Volkseigentum ist. Der Staat hat laut Verfassung das Land zu verwalten. Er stellt einzelnen Personen und Organisationen nach deren Bedarf Grundstücke für langfristige Nutzung zur Verfügung. Im Streit um die ehemalige Apostolische Delegatur in Hanoi sagte der Leiter des Zentralamtes für Religiöse Angelegenheiten, Pham The Doanh: „*Eigentlich dürfen wir gar nicht von einer Rückgabe reden. Es gibt kein „mein“ oder „dein“ (Grundstück) in dieser Angelegenheit. Wenn die Religionsgemeinschaften von ‚Rückgabe‘ reden, werden sie das*

⁴ <http://www.vinatex.com/WebPage/News/NewsDetails.aspx?ArticleID=982>

gegenseitige Verständnis nicht fördern. Es wird kein Zurückfordern und keine Rückgabe geben.“⁵

Die Katholiken berufen sich dagegen auf die „Verordnung über Glauben und Religionen“ von 2004. Laut Artikel 26 dieser Verordnung wird legales Eigentum von religiösen Kultstätten und Gemeinschaften vom Gesetz geschützt. Angriff auf Eigentum von religiösen Gemeinschaften ist strengstens untersagt.



„Strasse der Heiligen Mutter“ entlang der Zaunmauer der Firma Chien Thang

Die Regierung dagegen berief sich in ihren Bescheiden an die Redemptoristen auf die Anordnung 73/TTg des Premierministers vom 7.7.1962. Danach sollen Grundstücke von Religionsgemeinschaften und Vereinen, die vermietet worden waren, vom Staat ohne Zahlung jeglicher Entschädigung beschlagnahmt werden.

Ferner weigerte sich die Regierung, das Eigentums- bzw. Nutzungsrecht der Redemptoristen für das Grundstück anzuerkennen. Sie berief sich dabei hauptsächlich auf die Resolution 23/2003/QH11 der vietnamesischen Nationalversammlung vom 26.11.2003. Diese Resolution verbietet das Rückgängigmachen von Beschlagnahmungen, die vor 1991 getätigt wurden (*„Der Staat wird die Richtlinien und die Umsetzung der Verstaatlichung von Land und Häusern sowie der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft hinsichtlich Land und Häusern, die vor dem 1.7.1991 erlassen wurden, nicht mehr revidieren. Der Staat wird das Zurückfordern von Land und Häusern, die er im Zuge der Umsetzung der Politik der Verstaatlichung von Land und Häusern sowie der Politik der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft hinsichtlich Land und Häusern verwaltet und zur Nutzung weiter gegeben hat, nicht akzeptieren.“*)

Die Redemptoristen bezweifeln, dass eine parlamentarische Resolution ein Gesetz außer Kraft setzen kann. Nach Gesetz über Land und Grundstücke von 2003 müssten sie das Grundstück weiterhin benutzen dürfen. Außerdem sei ihr Besitz kein Zielobjekt der sozialistischen Enteignungspolitik gewesen, wie dies per Gesetz definiert werde. Weder habe ihr Besitz antire-

⁵ Interview mit dem britischen Sender BBC am 03.01.08,
http://www.bbc.co.uk/vietnamese/vietnam/story/2008/01/080103_toakhamsunguyenthedoanh.shtml

volutionären Kräften gehört und noch sei er zu irgendeinem Zeitpunkt ohne Verwalter gewesen. Außerdem sei die Enteignung ungültig, weil die Regierung das vom Gesetz festgeschriebene Enteignungsverfahren nicht eingehalten hatte. Weil daher das Grundstück nicht rechtens enteignet wurde, könne die parlamentarische Resolution 23/2003/QH11 konsequenterweise keine Anwendung finden, so die von den Redemptoristen vertretene Meinung,

b) Schlampige Regierungsarbeit

Ihre Argumente untermauerten die Redemptoristen mit Dokumenten, die ihr Eigentumsrecht auf das Grundstück belegen, und beklagten, dass die Regierung ihren Antrag auf Rückgabe des Eigentums aufgrund falscher Tatsachen abgelehnt hatte. Die Regierung hatte nämlich behauptet, dass ihr die Anlage vom Redemptoristenpater Vu Ngoc Bich geschenkt worden wäre. Die Redemptoristen zweifelten die Echtheit des Übergabeprotokolls des Pater Vu Ngoc Bich an, weil es von Regierungsstellen in vier verschiedenen Versionen präsentiert wird – jede Version trägt ein anderes Ausstellungsdatum, das zwischen 1961 und 1963 liegt. Die Redemptoristen erklären, dass sie in den Jahren nichts von ihrem Besitz vergeben, verschenkt oder verkauft hatten.

Mit Bescheid 2476/QD-UBND vom 30.6.2008 hatte das Volkskomitee der Stadt Hanoi die Petition der Gemeinde Thai Ha bezüglich des Streits um das Grundstück der Firma Chien Thang abgelehnt. In diesem wichtigen Bescheid stützte sich die Hanoier Stadtverwaltung auf das Übergabeprotokoll von Pater Bich – Version datiert auf den 24.10.1961 – und behauptete, dass Pater Bich damals das gesamte Grundstück bis auf das heutige Kirchengebäude übergeben hätte. Pater Bich hätte damals wörtlich folgendes zu Protokoll gegeben: *„Ich möchte vorschlagen, dass das Exekutivkomitee des Wohngebiets Dong Da akzeptieren möge, dass ich ihm die auf der nächsten Seite angegebenen Grundstücke und Immobilien zwecks Verwaltung übertrage.“* Die Redemptoristen erwiderten, dass der inzwischen verstorbene Pater Bich zu jener Zeit nur Verwalter gewesen war und daher weder Recht noch Vollmacht besaß, Immobilien des Ordens zu verschenken oder zu verkaufen, selbst wenn er es getan haben sollte.

Verwirrend sind die verschiedenen Versionen des Übergabedatums. Die Redemptoristen vermuten, dass das Original des Übergabedokuments das Datum vom 27.05.1963 tragen könnte und später verschiedentlich bis auf 1961 zurückdatiert wurde, um die willkürliche Nutzung des Geländes durch staatliche Firmen als Rechtens erscheinen lassen zu können. Obwohl laut Bescheid 2476/QD-UBND Pater Bich die Anlage erst am 24.10.1961 übergeben haben sollte, hatte das Hanoier Amt für Boden und Gebäude das umstrittene Grundstück bereits neun Monaten davor, am 30.01.1961, an die staatliche Weberei überschrieben.

Offensichtlich hat die vietnamesische Regierung bei der Umsetzung ihrer Konfiszierungspolitik in den vergangenen Jahren mehr auf Terror und Einschüchterung als auf ordentliche Verfahren nach Recht und Gesetz gesetzt.

4. Die Dauermahnwache in Thai Ha

a) Die Massengebete

Anfang Januar 2008 schlug der Kampf um die ehemalige Apostolische Delegatur im benachbarten Hanoier Zentrum hohe Wellen. Es zog die Aufmerksamkeit der vietnamesischen Kirche, des Vatikans und der Öffentlichkeit auf sich. Der Premierminister Nguyen Tan Dung hatte den Gebetsplatz vor der Apostolischen Delegatur Ende 2007 besucht und internationale Medien hatten viel über diesen ersten in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streit um das Eigentumsrecht der katholischen Kirche berichtet. Die Gemeinde Thai Ha sah darin eine Chance für sich, auch ihr Anliegen ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Am 5. Januar 2008 entbrannte

der Kampf in Thai Ha, als die Bekleidungsfirma Chien Thang trotz der Vereinbarung über den Erhalt des Status quo ein Bauprojekt durchsetzen wollte. Schon in der Vergangenheit hatte die Firma mehrmals versucht, Bauvorhaben auf dem umstrittenen Gelände durchzuführen, die allerdings von den Gemeindemitgliedern verhindert wurden. Daraufhin hatten beide Seiten im Oktober 2007 einen Status quo bis zur Beilegung des Streits vereinbart.⁶



Seitdem befand sich eine Dauermahnwache auf dem Gelände. Zweimal am Tag beteten die Gemeindemitglieder vor der Mauer, die sie von ihrem Kirchenbesitz trennte. Sie hängten hunderte von Holzkreuzen, religiösen Bildern, Blumensträußen und Kerzen an den Stacheldraht entlang der Mauer. Bei den Freitags- und Sonntagsmessen führten die Priester Prozessionen von bis zu einigen Tausend Gläubigen an. Die Gemeindemitglieder richteten drei Zelte für ihre Wachen auf – eins auf dem Gelände und zwei auf dem Bürgersteig entlang der Mauer – und bewachten das Gelände Tag und Nacht. Thai Ha war seit Anfang Januar 2008 de facto zu einem Wallfahrtsort geworden. Nicht nur Gläubige, sondern auch Geistliche aus dem ganzen Land gingen nach Thai Ha, um ihre Solidarität zu bekunden. Thai Ha wurde zum Symbol für den Kampf für Wahrheit, Recht, Gerechtigkeit und echte Religionsfreiheit geworden. Die Entschlossenheit, die durch die Massenansammlung über mehrere Tage und Monate hinweg bekundet wurde, war möglicherweise der Grund dafür, dass die Regierung damals von einem Gewaltakt abgesehen hat.

b) Unterschiedliche Interpretationen über das Recht auf religiöse Versammlung

Die Regierung erklärte, dass das Massengebet auf dem Gelände gegen die Verordnung über Glauben und Religion von 2004 verstoßen würde, und verwies auf Artikel 11, Absatz 2 der Verordnung, wonach alle religiösen Aktivitäten eine Genehmigung bedürfen. Als ‚religiös‘ werden laut Artikel 3, Absatz 5 dieser Verordnung folgende Aktivitäten eingestuft: *Predigt und Praxis von Lehre, das Kirchengesetz und die Rituale sowie die Verwaltung von religiösen Organisationen.*

Trotz Mahnung und Drohung der Behörden erklärten die Redemptoristen, dass ihre Aktionen legitim seien, weil diese auf dem kircheneigenen Gelände stattfanden. Gemäß der Verordnung über Glauben und Religion müssen nur rituelle Veranstaltungen, die in kirchlichen Räumen vollzogen werden, vorange-

Niemand kann den Gläubigen das Beten verbieten. Wenn jemand wegen Betens verhaftet wird, würde ich an seiner Stelle ins Gefängnis gehen, weil ich derjenige bin, der ihn zum Gebet aufgerufen hat.

Erzbischof Ngo Quang Kiet
von Hanoi am 25. Januar
2008

⁶ Bericht von Pater Trinh Ngoc Hien, Abt des Redemptoristenklosters in Thai Ha, an den Erzbischof von Hanoi, den Provinzoberen der Redemptoristen in Vietnam und Vorsitzenden des Priesterausschusses bei der Bischofskonferenz, 06.01.08, <http://www.vietcatholic.net/News/Html/50787.htm>

meldet sein. Das Gebet gehöre nicht zum Ritual. Die Priester in Thai Ha hatten bislang auch vermieden, rituelle Zeremonien auf dem umstrittenen Gelände durchzuführen. Sie stellten klar, dass die Gebetsstunden der Gläubigen nichts Illegales seien und sie die Gläubigen daran nicht hindern werden.

c) Weitere Vorwürfe

Mit Schreiben 273/UBND-XV vom 11. Januar 2008 erhob das Volkskomitee der Stadt Hanoi schwere Vorwürfe gegen die Gemeinde Thai Ha: „Die Gemeinde Thai Ha ließ zu, dass einige Katholiken in der Nacht vom 5.1.2008 die Schutzmauer abrisen und das Eigentum der Aktiengesellschaft Chien Thang zerstörten. Seit dem 6.1.2008 ließ die Gemeinde Thai Ha des Weiteren es zu, dass Katholiken und Priester Dutzende von Marienbildern und Kreuzen am Schutzzaun der Aktiengesellschaft Chien Thang angebracht, sich massenweise außerhalb der Kultstätte versammelt und den öffentlichen Verkehr gestört hatten, ...“



Unter Polizeischutz ließ die Bekleidungsfirma am 6. Januar 2008 eine Mauer hinter Stacheldraht aufziehen.

Die Redemptoristen antworteten darauf, dass nach vietnamesischem Gesetz erst dann gebaut werden darf, wenn der Rechtsstreit geklärt ist. Die Firma Chien Thang habe unrechtmäßig eine Schutzmauer auf dem Grundstück der Redemptoristen errichten wollen. Nachdem die Regierung auf ihre Anzeigen nicht reagiert hatte, hatten die Katholiken ein 10 Meter langes Stück der Mauer eingerissen. Die behördlichen Entscheidungen in dieser Sache waren widersprüchlich und für die Katholiken irritierend. Das Geschehen vom 5. bis zum 10. Januar 2008 wurde von den Redemptoristen wie folgt dokumentiert.⁷

- Am 05.01.08 fing die Bekleidungsfirma Chien Thang mit dem Bau einer Mauer an, die ihr Grundstück vom Rest des Geländes trennen sollte. Gemeindemitglieder verhinderten den Bau. Die herbeigerufenen Vertreter des Volkskomitees des Stadtbezirks Quang Trung stoppten den Bau, versprachen, die Einhaltung des Status-quo (auf dem umstrittenen Gelände) zu gewähren, und baten die Katholiken um Rückzug.
- Am nächsten Tag, 06.01.08, versuchte die Fa. Chien Thang erneut, die Mauer – diesmal unter Polizeischutz - zu bauen. Die Polizei legte mehrere Stacheldrahtrollen vor der Mauer aus. Die Katholiken protestierten vor dem Gelände, wurden von der Polizei zurückgedrängt und mit Verhaftung bedroht. Am späten Nachmittag rissen die Katholiken ein Stück der unrechtmäßig gebauten Mauer ein.
- Am 07.01.08 versprach der Stv. Vorsitzende des Volkskomitees des Distrikts Dong Da bei einem offiziellen Treffen mit den Redemptoristen, dass die Fa. Chien Thang nichts mehr bauen dürfe.

⁷ In der Verwaltungshierarchie Vietnams steht die Stadt über dem Distrikt und das Distrikt über dem Bezirk.

- Am Tag danach, dem 08.01.08, ordnete sein Vorgesetzter, der Stv. Vorsitzende des Volkskomitees der Stadt Hanoi, die Einstellung aller Neubauten und großen Umbauten an. Gleichzeitig aber befürwortete er den Bau der Schutzmauer.
- Am 10.01.08 ordnete sein unterstellter Mitarbeiter, der Stv. Büroleiter des Volkskomitees der Stadt Hanoi, endlich die Einstellung des Baus der Mauer an.



Prozession von der Kirche zum Gebetsplatz (li.) und der „Wachposten“ der Katholiken (r.)

Die Redemptoristen wiesen die Vorwürfe des Hanoier Volkskomitees vom 11. Januar 2008 als unbegründet zurück, weil laut Verordnung über Glauben und Religion von 2004 das Aufhängen von religiösen Bildern und Kreuzen auf kirchlichem Gelände nicht verboten sei. Außerdem hätten die Katholiken den öffentlichen Verkehr nicht behindert, weil sie sich diszipliniert in einer Sackgasse versammelt hätten. Zweimal täglich zu festen Zeiten - um 6 Uhr und 19 Uhr – hätten sie sich für jeweils eine Viertelstunde zum Gebet versammelt. Sie hätten den Platz sauber gehalten und freundlichen Umgang mit Polizisten und Bewohnern gepflegt.

5. Die Eskalation

Die Katholiken fühlten sich von der Regierung unrechtmäßig behandelt. Auch die Abmahnungen wegen illegaler Versammlungen standen nach ihrem Empfinden auf wackeligen Rechtsgrundlagen. Der Konflikt spitzte sich zu, als das Hanoier Volkskomitee am 30. Juni 2008 die Konfiszierung des Geländes bis auf die Kirche anordnete mit der Begründung, dass die Stadt darauf bis Ende 2008 öffentliche Einrichtungen bauen wolle. Die Redemptoristen legten rechtzeitig Widerspruch gegen diese Entscheidung ein. In mehreren darauffolgenden Sitzungen legten die Behörden eine harte Haltung an den Tag und bestanden auf der Durchsetzung der Konfiszierung. Die Katholiken versuchten mit zunehmenden Aktionen, einerseits näher an das Gelände heranzukommen, und es andererseits mit religiösen Zeichen zu bestücken und es für sich zu sichern. Seltsamerweise versuchten die anwesenden Staatsbeamten nicht, diese Aktionen an Ort und Stelle zu verhindern. Erst viel später wurden diese Aktionen als illegal und gesetzwidrig bezeichnet und geahndet, was von den Betroffenen als Willkür empfunden wurde.

a) Aufstellen der Marienstatuen

Anlässlich der Festlichkeiten zu Maria-Himmelfahrt betraten mehrere Katholiken am 14. August 2008 das Gelände und hängten dort Marienbilder auf. Der Platz soll früher ein Andachtsplatz für die Heilige Mutter Maria gewesen sein. Die Polizei filmte die Aktion, schritt aber nicht ein.



Aufstellen von Marienbildern in und auf den verwaisten Gebäuden ⁸



Die Zerstörung der Zaunmauer wurde von der Polizei gefilmt, aber nicht behindert.



Aufstellen einer der Marienstatuen und Säubern des Platzes

Am Tag des Festes der Maria-Himmelfahrt am 15. August 2008 rissen mehrere Katholiken ein Stück von der zerfallenen Mauer ein, um einen Zugang zum Gelände zu bekommen. Danach wurde das Gelände von Unrat gesäubert und der Weg zum Brunnen frei gemacht. Eine große Marienstatue und ein sechs Meter hohes Kreuz wurden auf das Gelände getragen und auf dem Brunnen aufgestellt. Damit kehrte die Heilige Mutter zu ihrem alten Platz zurück, der ihr früher gewidmet worden war. Später stellten die Gemeindemitglieder mehrere Altäre mit Marienstatuen auf dem Gelände auf.

⁸ Bilder entnommen aus der Onlineausgabe der vietnamesischen Polizeizeitung vom 23.08.2008, http://www.congan.com.vn/van_de_hom_nay/2008/08/20080822.574

Das Aufstellen der Marienstatue und des Kruzifixes ähnelte dem Ablauf der Kundgebung auf dem Gelände der Apostolischen Delegatur in Dezember 2007. Mit diesem symbolischen Akt versuchten die Katholiken dort, auf diese Weise den Platz als Kircheneigentum zu sichern und ihn für größere Gebetsversammlungen zu nutzen. Auch hier schritt die Polizei nicht ein, obwohl sie vor Ort anwesend war und die Aktion minutiös gefilmt hatte. Später warf die Polizei über die Staatsmedien den Katholiken wegen des Durchbruchs der Mauer, der Prozessionen und Massenversammlung auf dem Gelände kriminelle Handlungen vor.

b) Erster Angriff auf heilige Bilder

Am 19. August 2008 rissen mehrere Personen, die sich als Arbeiter der Bekleidungsfirma Chien Thang ausgaben, Marienbilder ab und ein Wachzelt der Katholiken um. Es kam kurzweilig zu Handgreiflichkeit, als die Katholiken die Marienbilder schützen wollten. Die Polizei schritt nicht ein. Staatsmedien stellten später den Angriff als Abwehraktion der Firmenarbeiter dar.



Die Polizei schaute beim Angriff auf die heiligen Bilder auf den Gebetsplatz am 19.08.08 zu.

Während der bisherigen Auseinandersetzungen wurden Angriffe auf religiöse Symbole gemieden, weil Gläubige gedroht hatten, dass sie ihr Leben für deren Schutz hingeben würden. So gesehen war der Angriff auf religiöse Bilder durch Unbekannte in Zivil ein Test der Belastbarkeit der Katholiken. Es ist bisher unbekannt, warum die Redemptoristen und die Gemeinde Thai Ha nicht gegen diesen Übergriff protestiert hatten. Es gab ihrerseits lediglich ein Protestschreiben vom 20.08.2008 an die Staatsführung gegen die Schmähkampagne in den Massenmedien.

c) Verhaftungen

Der Konflikt eskalierte, als die Polizei Strafverfahren wegen „Sachbeschädigung“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ einleitete und mehrere Katholiken verhaften ließ. Vom 27. August bis zum 24. September 2008 wurden acht Personen verhaftet: *Herr Pham Chi Nang (50 J.)*, *Frau Nguyen Thi Nhi (46 J.)*, *Herr Nguyen Dac Hung (31 J.)*, *Frau Nguyen Thi Viet (59 J.)*, *Herr Thai Thanh Hai (21 J.)*, *Frau Le Thi Hoi (61 J.)*, *Herr Le Quang Kien (63 J.)* und *Frau Ngo Thi Dung (54 J.)* (siehe Anhang III - Namensliste der Gefangenen bzw. Angeklagten). Die Polizei warf ihnen vor, am 15. August eine mehrere Meter lange Öffnung in die Geländemauer durchgebrochen zu haben.

Die Katholiken in Thai Ha empfanden diese Festnahmen als unangemessen und unterstellten der Polizei, sie versuche, eine zivile Streitfrage zu kriminalisieren. Für einen Schaden, der von der Regierung auf 150 Euro beziffert werde, sei eine Haftmaßnahme unangemessen, so die Katholiken. Staatsmedien berichteten ausführlich über die Verhaftungen, angebliche Geständnisse und Reuebekenntnisse der Inhaftierten, um andere Protestteilnehmer abzuschrecken.

Die Verhaftung der Katholiken hat einen eher politischen als rechtsstaatlichen Charakter. Der Vorwurf bezog sich auf ein Ereignis, das fast zwei Wochen zurücklag. Damals hatten die zahlreichen Polizisten – auch uniformierten – dem Geschehen nur zugeschaut und nicht eingegriffen. Ein Protokoll über den angeblichen Rechtsbruch wurde nicht angefertigt. Die Entscheidung der Polizei, am 27.08.2008 ein Verfahren wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ einzuleiten, stieß auf Unverständnis, weil sie bis dahin die Katholiken acht Monaten lang unbehelligt versammeln ließ.



Polizeiaufgebot bei der Verhaftung von Frau Le Thi Hoi am 27.08.08 (li.)
Eine Demonstrantin wurde am 28.08.08 von der Polizei brutal zusammengeschlagen (r.)

d) Demonstration vor der Polizeiwache

Durch die Verhaftungen geschockt erklärten die Redemptoristenpriester am 28.08.2008, dass im Kampf um Rückgabe des Kircheneigentums Priester und Gemeindemitglieder in der Sache und Verantwortung gemeinsam stehen.⁹ Nach der Verhaftung der ersten vier Katholiken am Vortag versammelten sich rund 300 Priester und Gläubige bis in die Nacht des 28.08.2008 vor dem Polizeirevier. Sie saßen auf dem Bürgersteig und beteten. Die Polizei löste die Kundge-

⁹ Protestbrief der Redemptoristen an die Regierung am 28.08.2008

bung mit Gewalt auf. Mehrere Demonstranten wurden dabei brutal zusammengeschlagen. Drei Personen kamen vorübergehend in „administrative Haft“ und wurden am nächsten Tag freigelassen. Am 29.08.2008 legten die Redemptoristen eine Beschwerde gegen die brutale Vorgehensweise der Polizei ein. Die Regierung dementierte die Niederschlagung der Kundgebung und ließ verbreiten, dass an dem besagten Tag angeblich ein Gespräch mit den Redemptoristen stattgefunden habe.

e) Der Gasanschlag

In den Gebetsveranstaltungen auf dem umstrittenen Gelände verhielten sich die Katholiken friedlich und sehr diszipliniert, wohl wissend, dass die Regierung nur auf einen Anlass für die Auflösung der Versammlung wartete. Am Abend des 31. August 2008 wurde Pfefferspray plötzlich in eine Gruppe von Katholiken gesprüht, die vor einer abgelegenen Maria-Statue in einer unbeleuchteten Ecke des Geländes beteten. Chaos brach aus. Einige Frauen und Kinder erlitten Verletzungen, verloren das Bewusstsein. Die Katholiken erkannten in dem Täter einen Polizeiangehörigen. Die Polizei weigerte sich, ein Protokoll über den Anschlag und die Verletzten anzufertigen. Später erklärte die Polizei vor der Presse, der Vorfall sei von den Katholiken frei erfunden.

6. Die Pogrom-Nacht

a) Öffentliche Drohgebärde gegen den Erzbischof und die Priester

Am 9. September verschärfte die Behörden den Ton. Erstmals seit Beginn des Konflikts wurden die Geistlichen persönlich angegriffen. Die Polizeileitung drohte dem Erzbischof von Hanoi, Ngo Quang Kiet, und den Priestern in Thai Ha Strafmaßnahmen an. Die Polizeileitung beschuldigte den Erzbischof, den Hanoier Klerus angewiesen zu haben, einen Solidaritätsbrief an die Redemptoristen in Thai Ha zu schreiben. Ferner hätten die Priester in Thai Ha sich schuldig gemacht, indem sie die Protestaktionen der Gemeindemitglieder geduldet hätten. „Die Anwesenheit (der Priester) an dem illegalen Versammlungsort ist als Anstiftung und Agitation anzusehen“, schrieb die Polizeizeitung.¹⁰ Staatliche Medien warfen der Kirche vor, „durch Massengebet, Politisierung, einseitige Berichterstattung und Internationalisierung des Konflikts Druck auf die Regierung ausüben zu wollen.“



Überfüllter Innen- und Außenbereich der Kirche Thai Ha bei einer Konzelebration am 06.09.08

¹⁰ „Gesetzwidrige Handlungen in Thai Ha werden streng geahndet“, Zeitung der Volkspolizei, 09.09.2008, <http://ca.cand.com.vn/vi-vn/thoisuxahoi/tintucsukien/2008/9/133913.cand>

b) Angespannte Atmosphäre

Seit dem Pfefferspray-Angriff am 31. August spitzte sich die Situation dramatisch zu. Mehrere Katholiken aus den benachbarten Provinzen meldeten, dass die Polizei sie auf der Fahrt nach Thai Ha belästigt und behindert habe. Sie beklagten, dass für religiöse Angelegenheiten zuständige Polizisten in ihren Provinzen ihnen bis nach Thai Ha gefolgt seien und sie dort beobachtet hätten. Katholische Schüler und Studenten wurden vor einer Teilnahme an den Veranstaltungen gewarnt.

Trotzdem demonstrierten Katholiken aus verschiedenen Regionen ihre Solidarität mit Thai Ha, indem sie dahin fuhren. Gemeinden, Priester und Bischöfe schrieben Solidaritätsbriefe. Der Erzbischof und der Klerus in Hanoi bekundeten ihre besondere Verbundenheit mit der Thai Ha Gemeinde. Bis Anfang September hatten bereits 9 Bischöfe und über einhundert Priester Thai Ha aufgesucht. Immer häufiger wurden Konzelebrationen in Thai Ha gefeiert, an denen bis zu zwei Dutzend Priester teilnahmen. Offensichtlich glaubten die Katholiken, dass eine große Solidaritätsbekundung und die Massenansammlung von Gläubigen sie vor einem Gewaltakt der Regierung schützen könnten.

Die Polizei gab indessen weitere Verhaftungen und Anklagen gegen Katholiken bekannt, die an den Aktionen der Thai Ha Gemeinde teilgenommen hatten. Am 13.09.2008 besuchte der Erzbischof von Hanoi demonstrativ die Familien der Inhaftierten. Später warf ihm die Regierung vor, mit diesem Schritt sich mit „Kriminellen“ solidarisiert zu haben. Der Bischof von Thai Binh, Nguyen Van Sang, erklärte daraufhin, dass auch er sich auf eine Verhaftung gefasst mache, weil er alle ‚Straftaten‘ begangen habe, die den katholischen Priestern vorgeworfen werden.

c) Tragisches Ende im Streit um die Apostolische Delegatur

Obwohl die Regierung mit dem Erzbischof von Hanoi acht Monate lang im Dialog stand, schlug sie am 19. September 2008 eine Kehrtwende ein. In der Nacht zum 19. September sperrte die Polizei das Gebiet um den Erzbischofsitz in Hanoi weiträumig ab. Gleich darauf begannen Bauarbeiten auf dem Teil des Delegatur-Geländes, der an den Bischofsitz angrenzt.



Bekanntgabe des Umbauplans des Delegatur-Geländes durch die Regierung. Hanoimoi online 19.09.08



Beginn der weiträumigen Abspernung und der Bauarbeit auf dem Delegatur-Gelände in der Nacht zum 19.09.08



Priester und Katholiken beteten vor der polizeilichen Abspernung



Fotografieren Verboten: Misshandlung des AP-Korrespondenten Ben Stocking am 19.09.08

Schwere Baumaschinen und Arbeiterkolonnen rückten an. Bis auf die Apostolische Delegatur wurden alle Gebäude auf dem Gelände in den Tagen danach demoliert. Es wurde auch nachts gearbeitet, um das Regierungsprojekt der „vollendeten Tatsachen“ in Rekordzeit abzuschließen. Am Tag davor hatte das Volkskomitee der Stadt Hanoi plötzlich angekündigt, dass sie das Grundstück der Apostolischen Delegatur für öffentliche Zwecke beschlagnahmen werde. Laut Regierungsplan soll die Apostolische Delegatur zu einer öffentlichen Bibliothek und die Wiese davor zu einem öffentlichen Park umgebaut werden. Staatsmedien berichteten unisono, dass Premierminister Nguyen Tan Dung der Aktion zugestimmt habe.¹¹ Hingegen berichtete

¹¹ „Bau eines Parks auf dem Gelände 42 Nha Chung“, Hanoimoi online, 19.09.08, <http://www.hanoimoi.com.vn/vn/14/180981/>

der Bischof von Thai Binh, Nguyen van Sang, dass der stv. Polizeiminister, Generaloberst Nguyen Van Huong, sich von der Aktion überrascht gezeigt habe und ihm deshalb erlaubt habe, als erster die „Baustelle“ zu besichtigen.¹²

Ausländische Journalisten wurden bei ihrer Arbeit behindert. Der AP-Korrespondent Ben Stocking wurde festgenommen und brutal geschlagen, als er Bilder von den Baumaßnahmen machen wollte.¹³

Die Bewegungsfreiheit des Erzbischofs wie auch der anderen Bewohner des Bischofssitzes wurde stark eingeschränkt. Bei jedem Ein- oder Ausgang musste man die Polizei um die Öffnung der Absperrung bitten. Der Bischofssitz wurde außerdem mit Kameras und Abhörgeräten überwacht und abgehört, die auf Nachbarhäusern angebracht wurden. Fast täglich griffen staatliche Medien den Bischof an und machten ihn verantwortlich für die Katholiken-Unruhen in Hanoi. Als Reaktion darauf versammelten sich seit dem 20.09.2008 ständig einige hundert Katholiken zum Gebet vor der polizeilichen Absperrung um den Bischofssitz.

Auf diese Weise beendet die Regierung den Streit um die ehemalige Apostolische Delegatur und damit auch die Gebetsversammlungen für deren Rückgabe. Der Grund des Scheiterns der achtmonatigen Verhandlung der katholischen Kirche mit der Regierung um die Rückgabe der ehemaligen Apostolischen Delegatur ist bisher unklar. Damals, auf dem Höhepunkt der Demonstrationen vor der Apostolischen Delegatur Ende Januar 2008, hatte der Vatikan die vietnamesischen Katholiken zur Beendigung der Demonstration und zum Dialog aufgerufen.¹⁴ Erzbischof Ngo Quang Kiet hatte offensichtlich dem Plan im festen Glauben an dem Vatikan oder gar an der Zusage eines Regierungsmitglieds zugestimmt.



20.09.08: Am Vortag des Pogroms versuchten die „Blauen“ (Bild links), die Gebetstunde zu stören. Am Abend durchsuchte die Polizei das Kloster (Bild rechts).

d) Der Pogrom

Die brutale Vorgehensweise im Streit um die Apostolische Delegatur gehörte zur Vorbereitung der gewalttätigen Ausschreitungen in Thai Ha. Seit dem 15. September wurde der Zugang zum Gelände in Thai Ha erschwert, weil die Polizei Straßenhindernisse auf den Zugangsstraßen aufgerichtet hatte. Gläubige konnten seitdem nur in Zweierreihe die Kontrollpunkte passieren. Seit dem 20. September erschienen täglich einige hundert blau gekleidete Mitglieder des Verbands der Kommunistischen Ho-Chi-Minh-Jugend auf dem Gebetsplatz.

¹² „Bericht über den Besuch bei der ehemaligen Delegatur, die umgebaut wird“, Bischof Nguyen Van Sang, 20.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadArticle.aspx?Id=58840>

¹³ Vietnam alleges beaten AP photographer broke law, 19.09.08, <http://ap.google.com/article/ALeqM5h6sP6R0CMuMyRi7DJWbs-ayBNi4QD93AS1R80>

¹⁴ Letter of Tarcisio Cardinal Bertone, Vatican Secretary of State, to the Archbishop of Hanoi, 30.01.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadArticle.aspx?Id=51817>

Sie stellten sich zwischen den Katholiken auf und störten mit lauten Rufen und Gesängen das Gebet. Lautstark sangen sie das Lied „Als ob Onkel Ho Chi Minh am Tag des großen Sieges dabei gewesen wäre“. Unter dem Vorwand der „Bewohnerkontrolle“ durchsuchte die Polizei am Abend des 20. Sept. das Kloster, offensichtlich um das Abwehrpotential abzuschätzen.

Der Sonntag, 21. September 2008, verlief zunächst ganz normal. Am Abend sperrte die Polizei die Gegend um das Gelände der Redemptoristen hermetisch ab. Nach der Messe in der Kirche gingen zahlreiche Gläubige wie gewohnt zum Gebetsplatz nichts ahnend, Welch ein Albtraum sie erwartet:

- Gegen 18 Uhr belagerten einige hundert in blau gekleidete Mitglieder des kommunistischen Jugendverbands das umstrittene Gelände. Später stießen Mitglieder der regierungstreuen Veteranen- und Frauenverbände dazu. Sie versuchten, die Gläubigen mit Beschimpfungen, Bepsucken und Handgreiflichkeiten zu provozieren. Einige Priester wurden aus dem Hinterhalt angegriffen. Regierungszeitungen stellten es am nächsten Tag dar, als ob es sich um aufgebrachte Bürger gehandelt habe, die gegen die rechtswidrigen Aktivitäten der Katholiken und beleidigende Äußerungen des Erzbischofs von Hanoi protestiert hätten.¹⁵



Unter Polizeischutz randalierte „das aufgebrachte Volk“ (rechtes Bild aus Hanoimoi.com, 22.09.08)



Bild links: Herausgerissenes Eingangstor des Gerardo-Tempels;
Bild rechts: Die Randalierer hinterließen ein Bild der Verwüstung auf dem Gebetsplatz (aus Hanoimoi.com, 22.09.08)

- Gegen 21 Uhr jagten die Randalierer die Katholiken vom Gelände. Die drei Wachzelte wurden zerstört. Ältere Menschen, die sich in den Zelten aufhielten, wurden brutal geschlagen.

¹⁵ „Rücknahme des Grundstücks an dem 178 Nguyen Luong Bang für einen grünen Park“, Zeitung der Jugend, 22.09.2008, <http://www.thanhnien.com.vn/News/Pages/200839/20080923012237.aspx>

- Gegen 23 Uhr umzingelten sie den Gerardo-Tempel und das Kloster, skandierten „Tötet Erzbischof Kiet und Pater Phung (Klosteroberer)“ und bewarfen das Kloster mit Steinen. Die Priester und Gemeindemitglieder verbarrikadierten sich aus Angst im Kloster. Die Polizei mit ihrem großen Aufgebot schritt nicht ein.
- Gegen 24 Uhr erschienen der Vorsitzende des Volkskomitees und der Polizeichef des Distrikts. Die Redemptoristen verlangten die Auflösung des hysterischen Mobs. Nachdem die Regierungsvertreter den Ort verlassen hatten, griff die aufgewiegelte Masse das Kloster erneut an und riss das Stahltor zum Gerardo-Tempel aus der Verankerung.
- Gegen 3 Uhr des 22.9.2008 löste sich die Gruppe der Randalierer auf.

7. Die Medienschlacht

Die Öffentlichkeit erfuhr durch den Streit in Thai Ha viele Einzelheiten über die Regierungspraxis in Konfiszierungsfällen. In den neun Monaten gab es stets zwei Versionen zu den wichtigen Ereignissen - die eine der Regierung und die andere der Katholiken. Staatsmedien verloren dadurch ihr Informationsmonopol. Über das Internet konnten die Katholiken ihre Positionen rechtfertigen und wahrscheinlich damit erreichen, dass die Regierung aus Verunsicherung gegen die Demonstration nicht schon früher mit Gewalt vorging.

a) Die Hetz- und Verleumdungskampagne

Nach Pressegesetz sind die Massenmedien verpflichtet, im Interesse des Landes zu arbeiten. In Fall Thai Ha arbeiteten die Staatsmedien im Einklang mit den Behörden. Sie warben für behördliche Entscheidungen und fuhren Kampagnen gegen die Kirche. Noch im Januar 2008 ignorierten die Staatsmedien die Mahnwachen in Thai Ha, obwohl sich dort täglich bis zu viertausend Menschen versammelten. Fotografen und Kamerateams waren zwar immer auf dem Gebetsplatz anwesend, aber nur, um Bildmaterialien für spätere Kampagnen auf Vorrat zu sammeln.



Gemeindemitglieder in Thai Ha am 06.04.08, als das Ultimatum zur Räumung des Platzes ausgesprochen wurde.

Mit Halb- und Unwahrheiten versuchten die Staatsmedien, das Geschehen in Thai Ha ins falsche Licht zu rücken. Presseberichte wurden von den betroffenen Katholiken als einseitig und verleumderisch empfunden. So wurde berichtet über eine „illegale Besetzung des Bürgersteigs, dass ältere Menschen ihre Gymnastikübung nicht mehr durchführen und Kinder nicht zu Schule gehen können“. Diese Untaten seien von „schlechten Elementen“ angezettelt worden. Einige Bewohner hätten den Lärm nicht mehr ertragen können und seien umgezogen.

Andere hätten die Regierung aufgefordert, diese gesetzwidrigen Tätigkeiten zu ahnden.¹⁶ Das Bild eines Redemptoristenpriesters mit einem Megaphon in der Hand wurde als Beweis der Agitation dargestellt. Tatsache aber war, dass der Priester nach dem Pfefferspray-Angriff der Polizei am 31.08.2008 versucht hatte, die aufgebrachten Katholiken zu beruhigen. Regelmäßig brachten staatliche Zeitungen „Leserbriefe unmutiger Bürger aus dem ganzen Land“, die gegen die Katholiken gerichtet waren. Personen, die sich als „Katholiken“ ausgaben, meldeten sich in der staatlichen Presse zu Wort und forderten von den Behörden eine härtere Gangart gegen die demonstrierenden Katholiken in Thai Ha. Auch in der Vergangenheit folgten einer „Bekundung des Volkswillens“ stets repressive Maßnahmen. In einigen Fällen fanden die katholischen Medien später heraus, dass die einschlägigen Personen gar keine Katholiken waren. Ihre Aussagen seien zudem noch verfälscht worden.¹⁷

Nachdem das Volkskomitee der Stadt Hanoi am 30.06.2008 die Beschwerde der Redemptoristen abgelehnt hatte, legten die Redemptoristen schriftlichen Einspruch ein und suchten die Behörde auf, um ihren Standpunkt mit Rechtsvorschriften zu belegen. Staatsmedien brachten am Tag danach nur die Argumentation der Regierungsseite, die Standpunkte der Kirche wurden äußerst verzerrt wiedergegeben. In einem sehr aggressiven Ton griffen sie die Priester an und bescheinigten ihnen Doppelzüngigkeit.¹⁸ Die Übergriffe der Arbeiter der Bekleidungs-firma Chien Thang auf die Gläubigen dagegen wurden als „Selbstschutz“ dargestellt.

Im Vorfeld des Pogroms vom 21.09.08 hatten die Staatsmedien in Vietnam eine massive Kampagne gegen den Erzbischof von Hanoi und die Thai-Ha-Priester in gestartet. Die Ausschreitungen wurden mit dem „Volkszorn“ gegen einen Satz des Erzbischofs verklärt.

b) Gegenstimme der Betroffenen

Die Katholiken in Thai Ha sehen die Staatsmedien als Hindernis auf dem Weg zu einem konstruktiven Dialog. Über das Internet versuchten die Katholiken daher der Übermacht der staatlichen Medien entgegen zu wirken. Mit Augenzeugenberichten, Bildern und Filmaufnahmen informierten sie auf ihren Websites täglich und zeitnah die Öffentlichkeit im In- und Ausland¹⁹ über das Geschehen. Mit eigenen Berichten über Gespräche mit Regierungsvertretern versuchten die Redemptoristen, Transparenz in den Dialog zu bringen und Rechenschaft gegenüber ihren Gemeindegliedern abzulegen. Zeitnah nahmen sie auch Stellung zu den Vorwürfen.

Beiträge der Juristen klärten auf, wann Gesetze falsch zitiert oder falsch angewandt wurden. Gelegentlich nahmen Artikel in den Staatsmedien sogar Bezug auf diese Beiträge, so dass die Öffentlichkeit ihre Meinung selbst bilden konnte.

Wichtig für die Moral der Gemeinde in Thai Ha waren die Beiträge oder Predigte der Bischöfe, die im Internet veröffentlicht wurden. Sie hofften, dass die

Das Ereignis um die Delegatur hat die bestehende Hemmung und Angst durchbrochen. Vietnamesische Katholiken haben sich gewagt, ihre Stimme zu erheben. Und die Regierung musste erkennen, dass es an der Zeit ist, sich die Wünsche der Bürger anzuhören. Es geht nicht um ein Grundstück, sondern um Gerechtigkeit und Wahrheit. Die Katholiken in Hanoi sind heute reif genug, um zu wissen, wann und wie sie sich ausdrücken sollen. Es soll eine Ausdrucksweise sein, die dem Geist der Bibel und der Kirchenpolitik entspricht. Diese Ausdrucksweise heißt friedliches Beten zu Gott und nicht für irgendeine politische Partei oder Macht.

Erzbischof Ngo Quang Kiet von Hanoi am
13. Juni 2008

¹⁶ Staatsfernsehen VTV und Zeitung „Ha Noi Moi“, 09.04.2008

¹⁷ „Der Polizei-Generalmajor handelt undurchsichtig“, 10.09.08, <http://mehangcuugiup.info>

¹⁸ Parteizeitungen „Nhan Dan“ und „Ha Noi Moi“, 19.08.2008

¹⁹ (z.B. wie vietcatholic.net, mehangcuugiup.info, www.dct.net, giaoxuthaiha.org)

Vorschläge des Bischofs Nguyen Van Sang von Thai Binh wegen des festgefahrenen Dialogs von der Regierung auch gehört werden. Bischof Sang galt als inoffizieller Unterhändler der Kirche. Auf dem schwarzen Brett an der Kirche konnten die Gemeindemitglieder und andere Besucher täglich Berichte aus dem Internet lesen.

8. Dialog oder kein Dialog?

Die Regierung hat am Anfang der Auseinandersetzung mit den Katholiken in Hanoi den Willen der Gläubigen unterschätzt. Sie suchte eher eine Lösung mit dem Vatikan²⁰ und der Bischofskonferenz. Die Redemptoristenpriester bestanden aber auf ein Mitspracherecht der Gläubigen und verlangten zum Beispiel, dass Vertreter der Gemeinde an den Treffen mit der Regierung teilnehmen durften. Sie weigerten sich, die Gebetsveranstaltungen aufzulösen, weil die Initiative dafür von den Gläubigen ausgegangen sei.

Sowohl die katholische Kirche als auch die vietnamesische Regierung beteuerten, dass sie einen Dialog zur Lösung des Streits um das Gelände der Apostolischen Delegatur und des Redemptoristenklosters führen wollten. Jedoch nur im Streit um die Apostolische Delegatur befand sich die Erzdiözese Hanoi in einem echten Dialog mit dem Staat, der zum Schluss abrupt und gewalttätig beenden wurde. In Vergleich dazu waren die Redemptoristen im Streit um das Klostergelände in Thai Ha noch weit von einem Dialog entfernt.

a) Dialog um die Apostolische Delegatur

Die Massendemonstration für die Rückgabe der Apostolischen Delegatur erfolgte auf Aufruf des Erzbischofs Ngo Quang Kiet und entwickelte sich schnell zu einem Hauptanliegen der gesamten katholischen Kirche in Vietnam. Dieser Streit hatte Symbolcharakter, weil er stellvertretend für zahlreiche Rückgabebeforderungen im ganzen Land stand und weil er von der Kirche öffentlich unterstützt wurde. Als Novum und Erfolg wurde die Tatsache gewertet, dass nach der eineinhalb Monate andauernden Massendemonstration die Regierung in Februar 2008 zu ernsthaften Verhandlungen mit der Kirche gezwungen war. Die Katholiken, die sonst einem Dialog mit der Regierung misstrauten, fühlten sich durch die Intervention des Vatikans abgesichert.²¹ Es ging das Gerücht um, dass die Regierung zu einer Rückgabe bereit sei, wenn ihr das Gesicht gewahrt bliebe. Eine Zusage des Chefunterhändlers der Regierung soll es auch gegeben haben. Zu klären seien nur das Wann und das Wie.²²

Wir erkennen an, dass das Volkskomitee der Stadt Hanoi der katholischen Kirche in den vergangenen Jahren vieles ermöglicht hat, insbesondere zu Weihnachten. Aber diese Ermöglichung ist von dem Geist des Erbittens und des Gewährens geprägt. Das soll als Gefälligkeit verstanden werden, obwohl das Recht auf Religion ein natürliches Recht des Menschen ist. Eine Regierung, die sich als eine vom Volk und für das Volk angibt, ist verpflichtet, dem Volk so etwas zu geben und es nicht auf Bitte zu ermöglichen. Nein, Religionsfreiheit ist ein Recht und keine erbetene Gnade im Sinne des Erbittens und des Gewährens.

**Erzbischof Ngo Quang Kiet von Hanoi
bei dem Gespräch mit der Regierung
am 20. September 2008**

Die Bedenken der Regierung, dass ihr Zugeständnis zu einem Automatismus und einer Kettenreaktion in den anderen Streitfällen um Kircheneigentum führen könnte, wurde nicht mehr

²⁰ „Nach dem Ultimatum der Behörden an die Katholiken, suchte die vietnamesische Botschaft das Gespräch mit dem Vatikan“, Ngo Quang Kiet bei einem Besuch in Quebec (Canada) am 13.06.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadArticle.aspx?Id=55807>

²¹ Letter of Vatican Secretary of State to the Archbishop of Hanoi, 30.01.2008

²² “Vietnam may return church land, Vatican wants rallies to stop”, AFP, 02.02.2008

erwähnt. Die Kirche hatte vorher klargestellt, dass jede Gemeinde für sich über die Rückgabe seiner konfiszierten Objekte entscheiden könne.

Der Dialog wurde zwischen Februar und August 2008 im Stillen geführt. Erst Anfang September 2008 beklagte der Erzbischof von Hanoi, dass der Dialog um die Rückgabe der Apostolischen Delegatur bis dato erfolglos geblieben war. Nach seiner Meinung habe die schleppe Verhandlung auch zur Eskalation in Thai Ha beigetragen. Dennoch er rief weiterhin zum Dialog auf.²³

Die Massendemonstration vor der Apostolischen Delegatur am 13.09.2008 konnte in diesem Kontext als eine Vorwarnung gesehen werden, dass die Massengebete jeder Zeit wiederbelebt werden könnten, wenn man sich über die Rückgabe der Apostolischen Delegatur nicht einigen kann. Später erfuhr die Öffentlichkeit, dass die Regierung der Kirche drei alternative Objekte in zum Teil guten Lagen in Hanoi angeboten hätte, die von der Kirche alle samt abgelehnt worden wären.²⁴



Das Kreuz und die Marienstatue wurden aus dem Park, der in einer Rekordzeit angelegt wurde, am 25.09.08 entfernt.



(L) Rund zehntausend Katholiken innerhalb und außerhalb der Kathedrale nahmen mit dem Erzbischof von Hanoi an der Messe am 21.09.08 teil. (R) Der „Blumenpark Hang Trong“ wurde zeremoniell am 03.10.08 eröffnet.

Es war nicht nachvollziehbar, warum die Regierung trotz bestehenden Dialogs die Konfiszierung der Apostolischen Delegatur am 19.09.2008 plötzlich durchsetzen wollte. Mit schweren Baumaschinen wurde das Anlegen eines Parks in einer Rekordzeit von 16 Tagen vollzogen.

²³ „Eine bahnbrechende Lösung, etwas Einfallreichereres muss her. Man könnte nicht mehr den alten Weg gehen“, Interview des Erzbischofs Ngo Quang Kiet mit VietCatholic, 02.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Html/58033.htm>

²⁴ „Keine Rechtsgrundlage für die Rückgabe des Geländes 42 Nha Chung (Delegatur)“, vietnam net, 20.09.2008, <http://www.vietnamnet.vn/chinhtri/2008/09/804681/>

In dem Protestbrief am 19.09.08 erklärt das Bischofsbüro, dass diese Aktion dem Geist des Dialogs zwischen Staat und dem Erzbistum Hanoi widerspricht.²⁵ Die mehrtägige hermetische Absperrung des gesamten Geländes, das die Delegatur sowie den Bischofssitz umfasste, zeigte, dass die Regierung mit einem massiven Widerstand der Katholiken gerechnet hatte.

Unverständlich ist, warum das Gelände zu einem öffentlichen Park umgebaut werden musste, statt es der Kirche zurück zu geben. Der wahre Grund fehlt, denn die bisher aufgeführten Gründe waren nach Meinung der katholischen Kirche nur vorgeschoben und unsachlich. Am Anfang behauptete die Regierung, das Gelände gehöre dem Vatikan und es bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen wieder zurückgegeben werde.²⁶ Die Erzdiözese legte daraufhin Papiere vor, die ihr eindeutiges Eigentumsrecht belegen. Auch das Argument, das Gelände sei in den 60er Jahren enteignet worden, wurde widerlegt, weil die Regierung dazu weder ein Schenkungsdokument noch eine Enteignungsanordnung vorweisen konnte. Auch die Behauptung, die Behörden haben bestandene Verträge mit Wirtschaftsunternehmen, die sich auf dem Gelände befinden, einzuhalten, war unakzeptabel, weil Verträge über ein Grundstück, das nicht in behördlichem Besitz ist, illegal sind.

Der Dialog um die Rückgabe der Apostolischen Delegatur ist gescheitert. Erzbischof Ngo Quang Kiet hat bei seinem Treffen mit dem Volkskomitee der Stadt Hanoi am 20.09.2008 die Regierung heftig kritisiert und seine Enttäuschung ungewöhnlich hart zum Ausdruck gebracht.²⁷ Es folgten mehrere großangelegte Hetzkampagnen in den Medien, die seinen Ruf schädigen und Hass gegen ihn schüren sollten. Am 21.09 wurde er wegen „gesetzwidriger Tätigkeiten“ verwarnet.²⁸ Am 23.09.2008 forderte der Vorsitzende des Hanoier Volkskomitees die katholische Bischofskonferenz auf, Erzbischof Ngo Quang Kiet und vier Redemptoristenpriester außerhalb von Hanoi zu versetzen.²⁹ Mit Schreiben vom 25.09.2008 befanden die vietnamesischen Bischöfe aber, dass der Erzbischof und die vier Redemptoristenpriester „nichts getan hatten, was gegen das geltende Kirchengesetz verstoßen hätte“.

b) Kein Dialog in Thai Ha

Anders als die Apostolische Delegatur gehört die Anlage in Thai Ha nicht zu den Objekten, deren Rückgabe die vietnamesische katholische Kirche in ihren jahrelangen Verhandlungen mit der Regierung Priorität einräumt.³⁰ Der Streit um Thai Ha stand von Anfang an im Schatten des Kampfes um die Apostolische Delegatur. So mussten die Redemptoristen und die Gemeinde in Thai Ha mit Massenversammlungen auf ihr Anliegen aufmerksam machen und das Recht auf Verhandlung sich erkämpfen. Wie im Fall der Apostolischen Delegatur möchten sie, dass die Regierung einen offiziellen Dialog mit ihnen führt – am besten unter internationaler Beobachtung. In den neun Monaten bis zu der Niederschlagung ihres friedlichen Protests gab es zwar mehrere offizielle Gespräche zwischen Kirche und Staat. Leider beschränkten sie sich lediglich nur auf die Darlegung der Standpunkte und die Suche nach einer Annäherung. Es gab weder eine gemeinsame Verhandlungsbasis noch eine Vereinbarung über das Verhandlungsverfahren. Kurz, es gab keinen richtigen Dialog.

²⁵ Eilprotestbrief an die Staatsführung vom Büro des Erzbischofs von Hanoi, 19.09.2008

²⁶ „Das Gelände des Erzbischofsitzes in Hanoi und Perspektive einer diplomatischen Beziehung mit dem Vatikan“, Bischof Nguyen Van Sang von Thai Binh, 12.01.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadArticle.aspx?Id=51033>

²⁷ „Detaillierter Bericht über das Treffen zwischen dem Volkskomitee der Stadt Hanoi und dem Erzbischof von Hanoi“, vietcatholic.net, 23.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Html/59031.htm>

²⁸ „Schwere Verwarnung“, Ha Noi Moi online, 21.09.2008, <http://www.hanoimoi.com.vn/vn/41/181287/>

²⁹ Schreiben des Vorsitzenden des Volkskomitees der Stadt Hanoi an die katholische Bischofskonferenz, 23.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadArticle.aspx?Id=59210>

³⁰ Die Delegatur in Hanoi, das Päpstliche Institut in Da Lat und die Anlage der Heiligen Mutter in La Vang (Quang Tri) gehören zu den Objekten, über die die katholische Kirche seit Jahren mit der Regierung verhandelt.



Polizeiabspernung in Thai Ha am 22.09.2008

i) Das Fehlen einer gemeinsamen Verhandlungsbasis

Nach neun Monaten kamen die Verhandlungen aus ihren Startlöchern nicht heraus. Die Kontrahenten stritten bis zuletzt über den Ausgangspunkt, nämlich über das Besitzrecht auf das Gelände. Die Redemptoristen setzten auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Sie wollten juristische Klarheit über den Ausgangspunkt schaffen, um weitere Forderungsansprüche stellen zu können. Sie waren der Meinung, dass das Grundstück in Thai Ha willkürlich konfisziert worden war, ohne Rechtsgrundlage und korrektes Verfahren. Daher dürfen die gesetzlichen Regelungen, die sich mit konfiszierten Objekten befassen, auf das Streitobjekt nicht angewandt werden.

Die Regierung hingegen verlangte von der Kirche absolute Unterordnung und unbedingten Respekt vor behördlichen Entscheidungen. Beweise und Gesetze waren für sie nebensächlich. Die Redemptoristen berichteten, dass sie z.B. die schlampige Beweisführung der Regierung beim Treffen vom 17.09.2008 kritisiert hatten. Daraufhin sollte der Verhandlungsführer der Regierungsseite, der stellvertretende Vorsitzende des Volkskomitees der Stadt Hanoi, seinen Mitarbeitern folgendes befohlen haben: „*Ihr solltet euch die vier verschiedenen Versionen (des Übergabeprotokolls von Pater Bich) genauer anschauen und euch für eines der Papiere entscheiden*“. Selbst wenn die Regierung zugeben würde, dass die damalige Enteignung willkürlich war, erwartete sie von den Redemptoristen Verständnis für diese Regierungspraxis, die man hinnehmen sollte. Bei demselben Treffen soll der Vorsitzende der staatlichen Untersuchungskommission erklärt haben, dass „*die damalige Regierung zunächst die Vorgabe erklärt hatte. Dann setzte sie sie (sofort) um, bevor sie die dazu gehörigen Rechtsgrundlagen geschaffen hatte*.“³¹ Das Treffen war das letzte Gespräch vor den Ausschreitungen.

ii) Das Fehlen fester Ansprechpartner und klarer Kompetenzen

Wie schon zu Beginn des Konflikts im Januar 2008 bereits erkennbar war, gab es auf der Regierungsseite zu viele Akteure, die unterschiedliche Interessen und Strategien verfolgten (siehe 4c). Man hat den Eindruck, dass die Behörden auf Stadt-, Distrikts- und Bezirksebene verschiedene Rollen spielten und nach eigenem Gutdünken Entscheidungen trafen. Während das Volkskomitee der Stadt Verhandlungen über den Rechtsstand führte, waren die unteren kommunalen Volkskomitees für repressive Maßnahmen zuständig. So wurden die Katholiken mit

³¹ Bericht über das Treffen mit dem Volkskomitee der Stadt Hanoi am 17.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadArticle.aspx?Id=58642>

Ultimaten und Warnungen von den städtischen Distrikts- und Bezirksvolkskomitees überhäuft, während eine interdisziplinäre Regierungskommission noch am Prüfen der Sache war.

Auf der behördlichen Stadtebene gab es keinen festen Ansprechpartner. Sowohl der Vorsitzende als auch seine beiden Stellvertreter mischten kräftig in der Sache mit. Ohne die Gespräche zu beenden, verkündete das Hanoier Volkskomitee am 02.07.2008 einseitig die Beschlagnahme des Kirchengrundstücks. Überraschenderweise verliefen danach die Gespräche mit dem Stadtvolkskomitee bis Ende August 2008 wieder so sachlich, dass die Kontrahenten sogar Briefe austauschten und gegenseitig Beweise lieferten.

Die Eskalation der Gewalt seit Mitte August ging von den Behörden der unteren Distriktebene aus und widersprach jeglichem Verhandlungsprinzip: Übergriffe, vorübergehende Festnahmen und Verhaftungen, Verprügelung der Demonstranten, Gasanschlag, Schändung des Gebetsplatzes, Störaktionen durch Mitglieder des kommunistischen Jugendverbands usw. Die Regierung hat jegliches Vertrauen verspielt, als sie die tätlichen Angriffe gegen die Christen dementierte.

iii) Kein klares und festes Verhandlungsverfahren

Die Rolle des Amtes für Umwelt, Häuser und Grundstücke in der Hanoier Stadtverwaltung, dem die Schlichtungsrolle zugeschrieben wurde, war sehr zweifelhaft. Das Amt hatte 2007 noch vor dem Ausbruch der Demonstrationen die Beschwerde der Redemptoristen als unbegründet abgelehnt.³² Dennoch wurde am 08.01.08 eine interdisziplinäre Untersuchungskommission unter der Federführung dieses Amtes gebildet. Die Kommission sollte der Regierung eine Empfehlung geben.

Beim Treffen aller Streitparteien am 11.04.08 legte die Kommission ihren vorläufigen Bericht vor, in dem sie die Beschwerde der Redemptoristen nochmals als unbegründet ablehnte. Die Redemptoristen beklagten bei diesem Treffen, dass sie weder in der Kommission vertreten seien noch vorher von ihr angehört wurden.³³

Die Redemptoristen warfen der Regierung Wortbruch und Verletzung des Beschwerdeverfahrens vor. Die Entscheidung der Stadt Hanoi am 22.09.2008, das Grundstück für die Errichtung eines öffentlichen Parks zu konfiszieren, wollten sie nicht akzeptieren, weil sie noch nicht rechtskräftig war. Nach Beschwerdeverfahrensgesetz darf der Betroffene zwei Einsprüche gegen einen Verwaltungsbescheid einlegen, bevor er den Generalinspektor und dann das Gericht anrufen kann.

Im Streit um die Anlage in Thai Ha stand die behördliche Entscheidung auf den zweiten Einspruch der Redemptoristen noch aus.³⁴ Sowohl der Vorsitzende der interdisziplinären Untersuchungskommission als auch der stv. Vorsitzende des Hanoier Volkskomitees hatten ihnen die Einhaltung des Verfahrens zugesichert.³⁵ Darüber berichteten übereinstimmend katholische Webseiten und vietnamesischen Staatsmedien.³⁶

³² Ebd, 6.

³³ Bericht über das Treffen mit dem Volkskomitee der Stadt Hanoi am 11.04.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Clients/ReadAllArticles.aspx?d=1&dt=12%2f04%2f2008#53989>

³⁴ Tonbandaufnahme von der Rede des Redemptoristenpriesters Nguyen The Hien in dem Treffen mit dem Volkskomitee des Distrikt Dong Da am 23.09.2008, http://mehangcuugiup.info/ok/index.php?faction=index&mode=viewthread&forum_id=6&thread=181&z=last

³⁵ Protestbrief des Redemptoristenklosters (gegen die Pogromnacht) an die vietnamesische Behörden am 22.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Html/58955.htm>

³⁶ Tageszeitung „Ha Noi Moi“ (Neue Hanoi), 17.09.2008, und „An ninh Thu do“ (Sicherheit in der Hauptstadt), 18.09.2008, <http://www.anninhthudo.vn/tianyon/Index.aspx?ArticleID=32465&ChannelID=3>

iv) Gegenseitiges Misstrauen

Des Weiteren beschwerten sich die Redemptoristen über die Hetz- und Verleumdungskampagne in den Staatsmedien, die in ihren Augen den Dialog untergraben haben. Über Lautsprecher wurden im Gebiet um Thai Ha von 20 Uhr abends bis 1 Uhr morgens Propagandasendungen ausgestrahlt. Die Medien verbreiteten, dass die Priester bei der Lösung des Streits unkooperativ seien, während die Regierung viel Geduld hineininvestiert hätte.

Die Auseinandersetzungen war von Beginn an von Misstrauen überschattet. Beide Seiten dokumentierten jedes Ereignis in Bild, Ton und Film. Auf dem Gebetsplatz filmten sich die Kontrahenten gegenseitig. Für die demonstrierenden Katholiken dienten die Aufnahmen zum Selbstschutz, um sich z.B. vor falschen Anschuldigungen zu schützen. Redemptoristenpriester kamen sogar mit eigenem Aufnahmeteam zu den Treffen mit der Regierung, die ihrerseits eigene Fotografen und Kameraleute bestellte. Die Priester weigerten sich an Gesprächen teilzunehmen, wenn ihr Aufnahmeteam nicht zugelassen wurde.

Sehr oft wurde über das ein und dasselbe Gespräch unterschiedlich berichtet. In der Mitteilung vom 23.09.2008 berichtete das Büro für Religiöse Angelegenheiten, dass die Redemptoristen sich bei dem Treffen am Vortag einsichtig zu den Vorwürfen der Regierung gezeigt hätten. In der amtlichen Darstellung in den Staatsmedien aber wurden die Priester beschuldigt, gesetzwidrig gehandelt zu haben, weil sie ohne Genehmigung religiöse Aktivitäten außerhalb der Kultstätte und des genehmigten Jahresprogramms durchgeführt hätten, was ein Verstoß gegen die Verordnung über Glauben und Religion sei.³⁷ Die Redemptoristen widersprachen dieser Unterstellung und wiesen darauf, dass bei diesem Treffen die Beseitigung der religiösen Gegenstände auf dem Gebetsplatz nie die Rede war.³⁸

v) Keine transparente Regierungshandlungen

Für die Katholiken kamen die Ausschreitungen in Thai Ha völlig unerwartet, weil die Regierung noch kurz davor erneut verkünden ließ, bei der Lösung des Konflikts auf rechtsstaatliche Prinzipien und Dialog zu setzen. Es gibt daher kaum Bilder von der Pogromnacht auf den sonst gut illustrierten katholischen Websites.

Der Pogrom in der Nacht vom 21. auf den 22.09.2008 war eine ziemlich schlechte Inszenierung eines angeblichen „Volksaufstandes“ gegen eine religiöse Gemeinschaft. Staatsmedien hatten davor eine sehr schmutzige Hetzkampagne gegen die Kirchenleitung in Hanoi gestartet. Ein Satz des Erzbischofs wurde aus dem Zusammenhang gerissen, um ihn als Landesverräter darzustellen. Personen, die an Ausschreitungen beteiligt waren, gehörten regierungsnahen Organisationen wie dem Verband der Kommunistischen Ho-Chi-Minh-Jugend, dem Veteranen- und dem Frauenverband an. Die Polizei war während der Ausschreitungen am Tatort anwesend und schritt nicht ein, als der aufgebrachte Mob die Tötung des Erzbischofs und des Redemptoristenabts forderte, Priester bespuckte und beschimpfte, auf Gläubige einschlug und den Girardo-Tempel angriff und demolierte.

Bislang wurde keine strafrechtliche Untersuchung dieser Ereignisse eingeleitet, obwohl die Redemptoristen dies verlangt hatten. Die Handlungen der vietnamesischen Regierung blieben damit undurchsichtig und unberechenbar.

³⁷ Mitteilung des Büros für Religiöse Angelegenheiten an die Redemptoristen am 23.09.2008 (AZ: 88/TB-BTG-NVII)

³⁸ Widerspruch der Gemeinde Thai Ha an den Leiter des Büros für Religiöse Angelegenheiten am 25.09.2008

vi) Undurchsichtige Entscheidungen

Erst nachdem die Regierung durch Polizei das Gelände gesichert hatte, verkündete das Hanoi-er Volkskomitee am 22.09.2008 über Staatsmedien die „Rücknahme“ des von der Bekleidungsfirma Chien Thang benutzten Kirchengrundstücks, um darauf einen öffentlichen Park zu errichten.

Die Begründung klang absonderlich: „Der Staat hatte der Bekleidungsfirma Chien Thang AG das Grundstück in der Nguyen Luong Bang Strasse 178 als Produktionsstätte zur Verfügung gestellt. Aber die Firma hat es uneffektiv genutzt und gegen das Gesetz über Land und Grundstück von 2003 sowie gegen die Regelungen der Stadt hinsichtlich der Verwaltung und Nutzung des Grundstücks verstoßen. Das Grundstück wird nun an das Volkskomitee des Distrikts Dong Da zur Verwaltung und Nutzung zwecks Errichtung einer Grünanlage und eines öffentlichen Projekts übergeben, um dem allgemeinen Volksinteresse zu dienen.“³⁹



(li.) Verkündung der „Rücknahme“ des Grundstücks am Abend des 22.09.08 (hanoimoi.com) und (r.) Umbauplan des Grundstück, veröffentlicht am 24.09.08 (vitinfo.com.vn)

Warum das Grundstück trotz Feststellung des Fehlverhaltens der Bekleidungsfirma AG Chien Thang an die Redemptoristen nicht zurückgegeben werden konnte, ist unklar. Nach Bauplan, der am 24.09.2008 veröffentlicht wurde, sollte ein Kinderspielplatz im Park eingerichtet werden. Der Plan sei auf die Zustimmung der Bewohner gestoßen, hieß es, „weil das Wohngebiet überbevölkert ist, die Strassen beengt sind und die Umweltbedingungen verbessert werden müssen.“⁴⁰

Die Bauarbeiten auf dem Grundstück begannen am 25.09.2008. Am 08.10.2008 wurde der Park mit dem Namen „Park des 1. Juni“ feierlich eröffnet.

Am 22.09.2008 erging vom Volkskomitee der Stadt Hanoi eine Verwarnung an vier Redemptoristen-Priester: den Abt Vu Khoi Phung sowie Nguyen Van Khai, Nguyen Van That und Nguyen Ngoc Nam Phong. Sie sollten ihre illegalen religiösen Veranstaltungen einstellen, religiöse Statuen, Bilder und Kreuze an ihre früheren Kultstätte zurückbringen, Priester und Gläubige anordnen, nach Gesetz zu handeln und ihre Propaganda einstellen. „Rechtswidrige Aktivitäten gegen das Interesse des Staates und des Volkes werden geahndet“, so die Verwarnung.

³⁹ „Rücknahme des Grundstücks in der Nguyen Luong Bang Strasse 178 für den Bau eines öffentlichen Parks“, Hanoimoi online, <http://www.hanoimoi.com.vn/vn/41/181464/>

⁴⁰ „Bekanntgabe des Bauplans des öffentlichen Parks in der Nguyen Luong Bang Strasse 178“, 25.09.2008, <http://vitinfo.com.vn/Muctin/CTXH/52892/default.aspx>



Beginn der Bauarbeiten auf dem Grundstück am 25.09.2008



Einige tausend Katholiken feierten eine der sechs Messen in- und außerhalb der Kirche Thai Ha am 27.09.2008



(li.) Einige tausend Katholiken informierten sich am 24.09.2008 in Saigon über die Pogromnacht in Hanoi;
(r.) Staatliche Eröffnungsfeier des Parks in Thai Ha am 08.10.2008

9. Ausblick und Empfehlungen

Der Dialog um die Apostolische Delegatur wurde von der Regierung einseitig abgebrochen. Die Gespräche in Thai Ha wurden mit dem Pogrom beendet. Mit der Errichtung von öffentlichen Parks auf den umstrittenen Geländen stellte die Regierung die katholische Kirche vor vollendete Tatsachen. Alle religiösen Gegenstände wurden von der Regierung entfernt.

Die Fronten waren noch nie so verhärtet gewesen wie sie es jetzt sind. Die Regierung war nicht bereit, Fehler der Vergangenheit einzugestehen, diese wieder gut zu machen und Gerechtigkeit wiederherzustellen. Zur Durchsetzung ihrer undurchsichtigen und ungerechten Entscheidungen setzte sie auf listige und gewalttätige Mittel.

Die katholische Kirche war ihrerseits nicht bereit, faule Kompromisse einzugehen. In einem öffentlichen Statement an die Regierung vom 25.09.2008 nahm die vietnamesische Bischofskonferenz eine maßgebende Haltung zu der Landstreitproblematik ein, die nicht nur sie, sondern Millionen anderer vietnamesischer Bürger betraf. Sie erklärte, dass die Gesetze über Land und Grundstücke in Vietnam viele Unstimmigkeiten in sich bergen und einer Änderung bedürfen. Eine Novellierung der Gesetze müsse das Recht der Bürger auf Eigentum berücksichtigen, wie es im Artikel 17 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN festgeschrieben ist. Außerdem riefen die Bischöfe die Massenmedien auf, die Wahrheit bei der Berichterstattung über soziale Konflikte zu respektieren. Nur wenn sie der Wahrheit Respekt zollen, würden die Massenmedien ihre informativen und erzieherischen Aufgaben zur Bildung einer gerechten, demokratischen und fortschrittlichen Gesellschaft erfüllen. Zum Schluss wünschen sich die Bischöfe den Verzicht auf Gewalt: *„Eine zufriedenstellende Lösung kann nur durch einen fairen, offenen und ehrlichen Dialog in einer friedlichen und respektvollen Atmosphäre erreicht werden.“*⁴¹

Der Streit um die Rückgabe von Kirchengut in Hanoi hat nicht dazu beigetragen, dass ein gutes Dialogverfahren zwischen Staat und Kirche entwickelt wurde. Die Katholiken hätten in der Pogrom-Nacht auch anders reagieren können, hätten sie sich nicht der Gewaltlosigkeit verpflichtet gefühlt. Am Ende hatte die Gewalt gesiegt, aber der Frieden wurde nicht wieder hergestellt. Der Konflikt um tausende anderer Kirchenobjekte birgt in sich Explosionsgefahr, wenn die Streitenden zur Überzeugung gelangen, dass der friedliche Einsatz mit hoher Wahrscheinlichkeit unter der derzeitigen Regierung zu einer zufriedenstellenden Lösung nicht führen wird.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ruft die vietnamesische Regierung bei der Lösung von Landstreit mit Religionsgemeinschaften auf:

- **Das Recht auf Religionsfreiheit und das Recht auf Meinungsfreiheit einzuhalten, die in dem von Vietnam 1982 unterzeichneten Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte fest verankert sind;**
- **die am 8.12.2008 verurteilten Katholiken im Revisionsverfahren freizusprechen (siehe Anlage III);**
- **die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme einzelnen Kirchengut durch eine unabhängige Kommission, in der alle Streitparteien vertreten sind, zu prüfen;**
- **kohärente Rechtsgrundlagen für das Eigentums- und Nutzungsrecht in Bezug auf konfiszierte Gebäude und Grundstücke der Religionsgemeinschaften zu schaffen;**
- **Prinzipien der Rechtstaatlichkeit und der Fairness für den Dialog zu Grunde zu legen;**
- **das vom Gesetz festgeschriebene Beschwerdeverfahren einzuhalten und die Prüfung durch ein unabhängiges Gericht zuzulassen;**
- **auf List, Gewalt und Hetzkampagnen zu verzichten;**
- **eine Untersuchung der Pogromnacht vom 21. zum 22.09.2008 einzuleiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.**

⁴¹ Statement of Vietnam Conference of Catholic Bishops on current issues, 25.09.2008, <http://www.vietcatholic.net/News/Html/59225.htm>

ANLAGE I

Chronologie des Streits um das Kirchengrundbesitz in Thai Ha, Hanoi

Vom 5. Januar bis zum 24. September 2008

1961-1973: Enteignung eines großen Teils des Redemptoristen-Klosters in Thai Ha (Hanoi).

08.08.1996: Das Redemptoristen-Kloster legte bei der Regierung Beschwerde gegen die Teppichweberei Dong Da ein, die eigenmächtig das Kirchengrundbesitz aus dem beschlagnahmten Teil des Klosters an eine andere staatliche Firma verkauft hatte.

05.01.2007: Das Redemptoristen-Kloster beantragt beim Premierminister die Rückgabe des Kirchengrundbesitzes. Mitte Mai 2007 lehnte das zuständige Ministerium den Antrag ab. In Juni und Juli 2007 protestierten rund 100 Katholiken für die Rückgabe des Kirchengrundbesitzes. Die Regierung versprach die Einhaltung des Status quo bis zur Lösung des Konflikts.

05.01.2008: Die Firma Chien Thang startete unter dem Schutz der Polizei ein großes Bauprojekt auf dem Kirchengelände. Gemeindemitglieder verhinderten den Bau. Angespornt von dem Erfolg durch den Streit um die ehemalige Apostolische Delegatur in Hanoi, hielten die Gemeindemitglieder ständige Mahnwachen vor dem Gelände. Sie richteten Zelten auf, um das Grundstück zu bewachen, und schlugen Alarm, wenn erneut auf dem Grundstück Baumaßnahmen in Angriff genommen werden sollten. Täglich kamen bis zu mehreren Tausend Katholiken zum gemeinsamen Beten an der Geländemauer, an der sie Blumen, Kreuze und religiöse Bilder anbrachten.

08.01.2008: Das Volkskomitee der Stadt Hanoi richtete eine interdisziplinäre Untersuchungskommission ein.

01.02.2008: Die Teilnehmer der Mahnwache vor der ehemaligen Apostolischen Delegatur befolgen den Aufruf des Erzbischofs von Hanoi und stellen dort das Massengebet ein. Zuvor hatte sich der Vatikan eingeschaltet. Die Katholiken in Thai Ha aber setzten ihren Kampf fort. Zum vietnamesischen Neujahrsfest vom 7. bis zum 9. Februar nahmen bis zu 10.000 Katholiken täglich an den Veranstaltungen teil.

07.04.2008: Die Regierung stellte ein Ultimatum an den Pfarrer der Gemeinde Thai Ha, Bilder, Altäre, Kreuze und Zelten um das Kirchengelände bis zum 7. April zu entfernen. Hunderte Katholiken versammelten sich an diesem Tag auf dem Gelände und drohten, die Gebetstätte mit dem Leben zu schützen. Die Frist verstrich ohne nennenswertes Einschreiten der Polizei. Ein Demonstrant wurde mit einer Geldstrafe belegt, weil er sich nicht ausweisen konnte.

11.04.2008: Die Untersuchungskommission legte ihren Abschlußbericht vor. Darin kommt sie zum Ergebnis, dass die Gemeinde gegen das Land- und das Verkehrsgesetz sowie gegen die Verordnung über Glauben und Religion gehandelt habe. Des weiteren schlug die Kommission vor, die umstrittenen Grundstücke bis auf die Kirche zu beschlagnahmen und darauf einen öffentlichen Park einzurichten.

Mai-Juni 2008: Vor dem Besuch einer hochrangigen Vatikan-Delegation Mitte Juni gab es mehrere Gespräche zwischen dem Kloster und der Regierung, die erfolglos blieben. Regie-

rungsfreundliche Organisationen versuchten, die Katholiken zur Aufgabe ihres Protests zu überreden, staatliche Massenmedien verbreiteten Desinformationen. Die Gemeinde setzte das gemeinsame Gebet auf dem Gelände fort.

30.06.2008: Das Volkskomitee der Stadt Hanoi verkündete die Ablehnung der Beschwerde der Gemeinde Thai Ha wegen mangelnder Rechtsgrundlage und kündigte den Bau von öffentlichen Einrichtungen auf dem Grundstück noch 2008 an. Falls Bedarf bestünde, würde die Stadtverwaltung der Kirche Grundstücke für religiöse Nutzung zur Verfügung stellen.

02.07.2008: Das Volkskomitee der Stadt Hanoi ordnete die Beschlagnahmung des gesamten Kirchengrundstücks an. Es sollte später mit „öffentlichen Einrichtungen“ bebaut werden. Das Kloster erklärte, dass diese Entscheidung der Grundlage des Rechts widerspreche und werde sich auf diesen „Kompromiss“ nicht einlassen. Es legte Widerspruch ein.

14.08.2008: Einige Gläubige brachten das Marien-Bild auf das umstrittenen Gelände und stellten es auf. Die Polizei schritt nicht ein.

15.08.2008: Mehrere Katholiken brachen eine mehrere Meter große Öffnung in der Geländemauer durch. Durch sie wurden später eine große Maria-Statue und ein großes Kreuz auf das Gelände gebracht und aufgestellt. Die Redemptoristen-Priester erklärten, die Aktionen seien legitim, da sie auf dem kircheneigenen Gelände stattgefunden haben.

19.08.2008: Mehrere Personen, die sich als Arbeiter der Bekleidungsfirma Chien Thang ausgaben, rissen Marien-Bilder ab und zerstörten ein Wachzelt der Katholiken. Kurzzeitig kam es zu Handgreiflichkeit mit den Gläubigen, die ihre Bilder der „Heiligen Mutter Maria“ schützen wollten. Die Polizei schritt nicht ein. Das Staatsfernsehen nahm die Tumulte auf. Die Aufzeichnungen dienten dann den Staatsmedien für den Beginn einer Schmähkampagne gegen die Katholiken, die von den Betroffenen als unsachlich, beleidigend und destruktiv beurteilt wurde.

22.08.2008: Vertreter des Redemptoristen-Klosters und Gemeindevertreter in Thai Ha wurden zu einem Gespräch in das Volkskomitee des Distrikts Dong Da, Ha Noi geladen. Die Regierung warf den Katholiken vor, sich radikal benommen und gegen das Gesetz verstoßen zu haben. Die katholischen Priester bekräftigten das kirchliche Eigentumsrecht auf das Kirchengelände und ihr gutes Recht darauf, auf diesem Kirchengelände zu beten.

24.08.2008: Der Provinzobere der Redemptoristen in Vietnam rief alle Redemptoristen im Lande auf, das Anliegen in Thai Ha zu unterstützen.

27.08.2008: Die Polizei des Distrikts Dong Da leitete ein Strafverfahren wegen „Sachbeschädigung“ (§143 VN-StGB) und „Störung der öffentlichen Ordnung“ (§ 245 VN-StGB) gegen Unbekannte ein. Vier Personen wurden von der Polizei verhaftet - *Frau Le Thi Hoi (61 J.), Herr Le Quang Kein (63 J.), Frau Nguyen Thi Nhi (46 J.) und Herr Nguyen Van Lan*, weil sie die Mauer am 15.08.08 beschädigt haben sollten.

28.08.2008: Rund 300 Priester und Gläubige versammelten sich bis in die Nacht hinein vor dem Polizeirevier und verlangten die Freilassung ihrer vier Glaubensgeschwister. Sie saßen auf dem Bürgersteig und beteten friedlich. Einige zeigten Pappschilder mit Aufschriften: „Gegen die Festnahme von Unschuldigen“ oder „Wir tragen gemeinsam die Verantwortung“.

Die Polizei löste die Versammlung gewaltsam auf, mehrere Menschen trugen Verletzungen davon. Drei Gläubige - *Tran Quoc Huy (41 J.)*, *Hoang Van Hien (30 J.)* und *Tran Van Phu* – wurden in „administrative Haft“ genommen.

28.08.2008: Priester des Klosters Thai Ha unterzeichneten einen Protestbrief gegen die Strafmaßnahmen und erklärten, dass Gemeindemitglieder und Priester von Thai Ha alle gemeinsam die Verantwortung für ihre Aktivitäten tragen möchten. Sie verurteilten die Strafverfahren und Schikanen der Polizei und erklärten, dass die Katholiken zu keinem Zeitpunkt die öffentliche Ordnung störten.

29.08.2008: Die Polizei leugnete die gewaltsame Auflösung der Demonstration am Vortag. Staatsmedien stellten die Vermutung auf, die Ereignisse in Thai Ha seien politisch motiviert und ausländische Mächte dahinter stecken würden. Die Regierung übte Druck auf katholische Schüler aus.

29.08.2008: Vertreter der US-Botschaft in Hanoi besuchte die Katholiken auf dem umstrittenen Gelände. Nguyen Van Lan, der am 27. August festgenommen wurde, kam frei.

31.08.2008: Ein Unbekannter ging mit Pfefferspray auf die Gläubigen los, die am Abend auf dem Gelände vor einer der drei Maria-Statuen beteten. Chaos brach aus. Einige Frauen und Kinder wurden verletzt, verloren das Bewusstsein. Die Katholiken identifizierten einen Polizisten als Täter. Sie erstatteten Anzeige, doch die Polizei weigerte sich, den Vorfall aufzunehmen. Später erklärte die Polizei, der Vorfall sei von den Katholiken frei erfunden.

01.09.2008: Die Polizei des Distrikts Dong Da leitete ein viertes Strafverfahren ein - gegen Frau *Ngo Thi Dung (54 J.)* wegen „Zerstörung von Eigentum“. Frau Dung soll untergetaucht sein.

01.09.2008: In einem gemeinsamen Schreiben an die Staatsführung baten die Priester des Klosters, den zivilen Streit um die Eigentumsrechte am Kirchengelände nicht zu politisieren und zu kriminalisieren.

01.09.2008: In einem Hirtenbrief rief Kardinal Pham Minh Man, Erzbischof von Saigon, zur Unterstützung für das gerechte Anliegen der Gemeinde Thai Ha auf.

02.09.2008: In einem Interview rief der Erzbischof von Hanoi, Ngo Quang Kiet, zum Dialog auf. Er gab bekannt, dass er auf Empfehlung des Vatikans (im Streit um die Apostolische Delegation) den Weg des Dialogs folgte. Seit acht Monaten verhandelte er erfolglos mit der Regierung. Die schleppende Verhandlung um die Apostolische Delegation habe bei der Eskalation in der Gemeinde Thai Ha mitgewirkt, glaubt der Erzbischof.

04.09.2008: In einem gemeinsamen Brief bekundeten 77 Priester der Erzdiözese Hanoi ihre Solidarität mit dem Kampf der Gemeinde Thai Ha.

05.09.2008: Der Polizeichef von Hanoi lud vier „Vertreter der Gemeinde“ zu einem Gespräch ein. Laut Auskunft der Gemeinde handelte es sich bei diesen „Vertretern“ um ihr unbekannte und somit bestellte Personen, die weder der Gemeinde angehören noch mit ihrem aktuellen Kampf zu tun hatten.

07.09.2008: Vier Bischöfe besuchten am Wochenende Thai Ha und feierten Messen mit insgesamt 10.000 Katholiken.

09.09.2008: Erstmals seit Anfang des Konflikts drohte die Polizeileitung Erzbischof von Hanoi, Ngo Quang Kiet, und den Priestern in Hanoi Strafmaßnahmen an. Laut Polizeizeitung habe der Erzbischof den Hanoier Klerus angewiesen, einen gemeinsamen Solidaritätsbrief zu schreiben. Ferner haben die Priester in Thai Ha sich schuldig gemacht, weil sie die Protestaktion der Gemeindemitglieder geduldet haben. Staatliche Medien warfen der Kirche vor, „durch Massengebete, Politisierung, einseitige Berichterstattung und Internationalisierung des Konflikts Druck auf die Regierung ausüben zu wollen.“

09.09.2008: Die Gemeinde Thai Ha empfiehlt seinen Mitgliedern ein Verhaltenskodex von 13 Punkten, in dem z.B. nur das Trinken von Wasser aus den Behältern an festen Orten auf dem Kirchengelände, Vorsicht vor Fremden und friedfertiges Benehmen vorgeschlagen wurde. Im Falle von Tumulten sollten die Katholiken sich sofort auf den Boden setzen.

10.09.2008: Die Polizei kündigte die Anklageerhebung gegen vier weitere Katholiken an: *Frau Nguyen Thi Nhi (46 J.), Herr Nguyen Dac Hung (31 J.), Frau Nguyen Thi Viet und Herr Thai Thanh Hai*. Gegen die beiden erstgenannten Personen wurde Verhaftung angeordnet.

10.09.2008: Drei weitere Bischöfe besuchten die Mahnwache und feierten gemeinsame Messen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits neun Bischöfe und über einhundert Priester nach Thai Ha gekommen, um den Kampf zu unterstützen. In einem Interview vom 11. September erklärte der Bischof von Thai Binh, Nguyen Van Sang, dass er bereit sei, verhaftet zu werden, da er alle „Straftaten“ begangen habe, die die Regierung den katholischen Priestern vorgeworfen habe.

12.09.2008: Der Erzbischof von Hanoi und der Bischof von Bui Chu besuchten die Katholiken, die seit Tagen auf dem Gelände ausharrten. Danach besuchten sie auch die Familien der Inhaftierten. Am selben Tag teilte die Erzdiözese von Hanoi mit, dass die Staatsmedien falsche Informationen über Katholiken verbreiten. In den Tagen davor brachten Staatsmedien mehrere von ihnen gefälschte Aussagen von namentlich bekannten katholischen Gläubigen und Priestern.

13.09.2008: Zum ersten Mal seit acht Monaten demonstrierten rund 1.000 Katholiken vor dem Tor der ehemaligen Apostolischen Delegatur. Laut Auskunft des Erzbischofs stockte die Verhandlung über die Rückgabe der Apostolischen Delegatur.

14.09.2008: Der Provinzobere der Redemptoristen in Vietnam rief erneut alle Ordensmitglieder in Vietnam auf, das Anliegen in Thai Ha zu unterstützen. Redemptoristen im Lande sollen den direkten Kontakt mit Thai Ha pflegen und Priester nach Thai Ha entsenden.

15.09.2008: Die Polizei richtete Hindernisse an beiden Enden der Straße ein, die zum Kirchengelände führt, doch hinderte die Katholiken beim Zugang zu ihrer Gebetsstätte nicht.

16.09.2008: Herr *Pham Chi Nang (50 J.)* wurde von der Polizei verhaftet, die gegen ihn ein Strafverfahren wegen „Zerstörung des Eigentums“ eingeleitet hatte. Herr Nang ist die achte Person, die seit dem 27.08.2008 in Untersuchungshaft genommen wurden.

16.09.2008: Zum sechsten Todestag des Kardinals Nguyen Van Thuan hielt der Erzbischof von Hanoi eine Messe ab. Kardinal Thuan wurde in den 70er Jahren von der kommunistischen Regierung zu 13 Jahre Haft verurteilt und befand sich nach Freilassung unter Hausarrest bis er 1989 nach Rom ins Exil ging. Dort wurde er später vom Papst zum Vorsitzenden des päpstlichen Komitees Justitia et Pax ernannt. Die Prozedur zur Seligsprechung wurde für ihn eröffnet. Der Ehrung für Kardinal Thuan rief Argwohn der kommunistischen Führung Vietnams hervor, die in ihm einen Feind sah, für die Katholiken aber war sie von großer Bedeutung in ihrem aktuellen Kampf für Gerechtigkeit.

17.09.2008: Neue Dialogrunde zwischen den Redemptoristen und dem Distriktsvolkskomitee. Die Redemptoristen lehnten die Position der Regierung ab, da sie jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrte. Die Beschlagnahmung war schon in den 70er Jahren rechtswidrig gewesen. Die Regierung ihrerseits rief die Priester auf, Verständnis für ihre Handlungen aufzubringen und ihre Entscheidungen zu akzeptieren, da sie damals lediglich die (Partei)Richtlinien umsetze, bevor sie die Rechtsgrundlage dafür geschaffen habe.

19.09.2008: In der Nacht haben zwei unbekannte Personen den Marien-Altar mit Motorenöl beschmutzt. Am Tag davor wurde Müll und Toilettenpapier um die Marien-Statuen geworfen.

19.09.2008: In der Nacht zum 19. September sperrte die Polizei das Gebiet um den Erzbischofsitz in Hanoi (auf dem sich die ehemalige Apostolische Delegatur befindet) weiträumig ab. Gleich darauf begannen Bauarbeiten auf dem Gelände vor der Apostolischen Delegatur. Der Ein- und Ausgang der Bewohner des Bischofssitzes wurden streng kontrolliert. Am Tag davor wurde dem Erzbischof mitgeteilt, dass das Volkskomitee der Stadt Hanoi das Grundstück um die Apostolische Delegatur beschlagnahmen wird. Die Apostolische Delegatur werde zu einer öffentlichen Bibliothek und die Wiese davor zu einem öffentlichen Park umgebaut. Damit beendete die Regierung die achtmonatige Verhandlung mit der katholischen Kirche über die Rückgabe der ehemaligen Apostolischen Delegatur. Hunderte von Katholiken versammelten sich zum Gebet vor der Absperrung in den Tagen danach.

20.09.2008: In Begleitung von 19 Priestern protestierte Erzbischof Ngo Quang Kiet beim Volkskomitee der Stadt Hanoi gegen den Beginn der Bauarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Apostolische Delegatur und die Absperrung des Bischofssitzes am Vortag. Die Rede des Erzbischofs bei dieser Begegnung wurde später von den Staatsmedien auf den Satz „ich schäme mich, einen vietnamesischen Pass in der Hand zu halten“ reduziert und für eine Hetzkampagne gegen den Erzbischof und die katholische Kirche benutzt. Die katholische Kirche protestierte gegen die staatlich gelenkte Kampagne.

20.09.2008: Vize-Premierminister und Politbüromitglied Truong Vinh Trong, zuständig für die innere Sicherheit und Petitionsangelegenheiten, besuchte das umstrittene Kirchengelände in Thai Ha. Sein Besuch wurde als schlechtes Zeichen gedeutet - in Erinnerung an den Juli 2007 in Ho Chi Minh Stadt, als die Polizei damals nach seinem Besuch die Massendemonstration von Opfern der sozialen Ungerechtigkeit brutal niedergeschlagen hatte.

20.09.2008: Einige hundert blau gekleidete Mitglieder des „Verbands der kommunistischen Ho Chi Minh- Jugend“ mischten sich unter die Katholiken auf dem Gebetplatz. Mit Rufen und Gesängen versuchten sie, das Gebet zu stören. Lautstark sangen sie das Lied „Als ob Onkel Ho Chi Minh am Tag des großen Sieges dabei gewesen wäre“. Unter dem Vorwand der „Bewohnerkontrolle“ durchsuchte am Abend die Polizei im großen Aufgebot das Kloster.

21.09.2008: Um 18 Uhr sperrte die Polizei die Gegend um das Gelände der Redemptoristen großräumig ab und versperrte den Zugang. Hunderte der blau gekleideten Mitglieder der kommunistischen Jugend-Verbands belagerten das Gelände und provozierten die Gläubigen mit ihren gemeinsamen Ein- und Ausmärschen und lauten Gesängen. Später stießen weitere Mitglieder der staatsreuen Veteranen- und der Frauen-Verbände dazu. Die Eindringlinge beschimpften und bespuckten Gläubige und Priester, die sich nach der sechsten Abendmesse um 20 Uhr zum Gelände begeben wollten. Gegen 21 Uhr wurde die Gebetsversammlung gewaltsam aufgelöst, Zelten wurden zerstört. Ältere Menschen, die in den Zelten Wache hielten, wurden brutal geschlagen. Einige Katholiken wurden gewaltsam vom Gelände verjagt.

Gegen 23 Uhr umzingelten sie den Gerardo-Tempel und das Kloster, skandierten „Tötet Erzbischof Kiet und Pater Phung (Klosteroberer)“ und warfen Steine. Die Priester verbarrikadierten sich im Kloster. Die Polizei, die mit großen Aufgebot vertreten war, schritt nicht ein. Gegen 24 Uhr erschienen der Vorsitzende des Volkskomitees und der Polizeichef des Distrikts. Die Redemptoristen verlangten die Auflösung des hysterischen Mobs. Nachdem die Regierungsvertreter den Ort verlassen hatten, griff die aufgewiegelte Masse das Kloster erneut an und riss das Stahltor zum Gerardo-Tempel aus den Ankern. Erst gegen 3 Uhr Nachts löste sich die Gruppe der Randalierer auf.

Regierungszeitungen stellte es dar, dass es sich um aufgebrachte Bürger gehandelt habe, die gegen die rechtswidrigen Aktivitäten der Katholiken und beleidigende Äußerungen des Erzbischofs von Hanoi protestiert hätten.

22.09.2008: Das Volkskomitee der Stadt Hanoi ordnete die „Rücknahme“ des von der Textilfirma Chien Thang benutzten Kirchengrundstücks (13.649,7 qm²) an, um darauf einen öffentlichen Park einzurichten.

22.09.2008: Der Vorsitzende des Volkskomitees der Stadt Hanoi, Nguyen The Thao, verschickte eine Verwarnung an vier Redemptoristen-Priester - Vu Khoi Phung (Abt), Nguyen Van Khai, Nguyen Van That und Nguyen Ngoc Nam Phong. Sie sollten illegale religiöse Veranstaltungen einstellen, religiöse Statuen, Bilder und Kreuze an ihre frühere Kultstätte zurückbringen, Priestern und Gläubigen anordnen, nach Gesetz zu handeln, und sollten die Propaganda einstellen. „Rechtswidrige Aktivitäten gegen das Interesse des Staates und des Volkes werden geahndet“, so die Verwarnung.

Am Tag zuvor (21.09.2008) wurde Erzbischof Ngo Quang Kiet ebenfalls vom Vorsitzenden des Volkskomitees der Stadt Hanoi, Nguyen The Thao, verwarnt. Der Erzbischof werde nach Gesetz belangt, sollte er seine gesetzwidrigen Aktivitäten nicht umgehend einstellen, hieß es. Auch habe der Erzbischof die Pflicht, Priester und Gläubige zum Einhalten des Gesetzes zu aufzufordern. Sie sollten ihre gesetzwidrigen Handlungen einstellen und müssten die Statuen und Kreuze umgehend an ihre früheren Kultstätten zurückbringen. Der Erzbischof habe seine Informations- und Propagandaaktivitäten einzustellen, da sie verleumderisch sind und Priester wie Gläubige zu gesetzwidrigen Taten aufhetzten und verführten.

23.09.2008: Die Regierungszeitung „Ha Noi Moi“ (Neues Hanoi) veröffentlichte einen Bericht mit der Überschrift „Alle katholische Gläubigen sind vom Gelände abgezogen“ mit einem Bild, das ein menschenleeres Gelände zeigt. Katholische Websites berichteten, dass alle Zugänge zum Gelände seit dem 21. September abgeriegelt sind und von der Polizei bewacht werden.

24.09.2008: Das Volkskomitee der Stadt Hanoi präsentierte sein Bauprojekt, wie das Kirchengelände in einen öffentlichen Park umgewandelt werden soll. Am 26. September begann auf Anweisung der Regierung der Abriss mehrerer Gebäude. Die Priester wurden aufgefordert, religiöse „Gegenstände“ auf dem Gelände eigenhändig zu entfernen. Die Redemptoristen weigerten sich, dies zu tun. Täglich nahmen bis zu ein Tausend Katholiken an den Messen in der Redemptoristen-Kirche teil.

ANLAGE II

Chronologie des Streits um die Apostolische Delegatur in Hanoi

Vom 15. Dezember 2007 bis 3 Oktober 2008

Geschichte

Auf dem ca. ein Hektar großen Gelände des Bischofsitzes von Hanoi befindet sich neben der Kathedrale, dem Priesterhaus und dem Priesterseminar auch noch der Sitz des damaligen Apostolischen Delegats. Nach der Machtübernahme der Kommunisten in Nordvietnam war der Apostolische Delegat 1959 des Landes verwiesen und die Apostolische Delegatur willkürlich beschlagnahmt worden. Es gab weder ein Schenkungsdokument noch eine Konfiszierungsanordnung. Der Erzbischof von Hanoi ist der Meinung, dass das Delegatur-Gebäude und das dazugehörige Grundstück Eigentum der Kirche seien und an sie zurückgegeben werden müssen. In einem Schreiben am 22.10.2002 an das Erzbistum Hanoi behauptete das Volkskomitee der Stadt Hanoi: „Bei der Umsetzung der sozialistischen Reformpolitik über Hausbesitz hat der damalige Verwalter des Erzbistums Hanoi dem Staat 95 Hausnummer – darunter auch das Haus samt Grundstück in der Nha Chung Strasse 40A (heute Nha Chung Strasse 42) – am 24.11.1961 übergeben, damit der Staat sie einheitlich verwalten kann.“ Die Regierung kann aber keine Schenkungsurkunde vorweisen. Wahrscheinlich hat der damalige Verwalter des Erzbistums Hanoi, Pfarrer Nguyen Tung Cuong (später Bischof von Hai Phong), auf Anordnung der Regierung lediglich eine Vermögensangabe gemacht und unter ungeheuerlichem Druck die Konfiszierung hingenommen.

In den 60er Jahren hatte die Regierung bereits den Bau einer Mauer durchgesetzt, die einen Teil der Räumlichkeiten vom Bischofssitz trennt. Diese Räumlichkeiten wurden kommerziell genutzt. Neben einem Restaurant und einem Fitness-Studio wurden auf dem Delegatur-Gelände bis vor einigen Jahren auch eine Trinkbar und ein Nachtclub betrieben. Dessen laute Musik war bis in die tiefe Nacht zu hören und störte die Ruhe der Priester in der Bischofsresidenz. Viele Katholiken behaupten, dass der frühere Bischof durch diese nächtliche Ruhestörung krank geworden sei.

Auslöser des jetzigen Unmuts ist die ständige Verletzung des Status quo, der zwischen Staat und Kirche bis zur Beilegung des Streits vereinbart worden war. Ungeachtet der Beschwerde des Erzbischofs wurde im Dezember 2007 der Garten der Delegatur in einen kommerziellen Parkplatz umgewandelt, in der zweiten Etage des Restaurants wurde eine Bank eingerichtet und die früheren Delegaturräumlichkeiten umgebaut. Nachdem Erzbischof Ngo Quang Kiet am 15. Dezember 2007 in einem Offenen Brief die Diözese auf die Probleme hingewiesen hat, eskaliert mit jedem Tag die Situation. Katholiken in Hanoi wollen die Erosion stoppen.

Die Katholiken halten der Regierung vor, einerseits mit Hinhaltetaktik und Bauvorhaben die Kirche vor vollendete Tatsachen zu stellen und andererseits sich auf diese Weise eine bessere Verhandlungsposition zu schaffen. Daher versuchen die Katholiken in Hanoi seit dem 18.12.2007 mit verschiedenen Aktionen das Gelände zu sichern. Trotz verschiedener Provokationen der Sicherheitskräfte verhielten sich die Katholiken bisher weitgehend friedlich und äußerst diszipliniert. Mit der Errichtung einer Pieta-Statue und danach eines vier Meter hohen Kreuzes hatten sich die Katholiken einen Wallfahrtsort geschaffen und mit dem gemeinsamen Gebet eine adäquate Form des Versammelns gefunden, die vom Gesetz gedeckt ist.

Die Regierung wirft ihnen nun allerdings vor, sich unrechtmäßig versammelt zu haben. Die Kirche erwiderte darauf, dass sie sich im Rahmen des Gesetzes bewege, denn nach der „Verordnung über Glauben und Religion“ dürfen Religionsgemeinschaften religiöse Aktivitäten

innerhalb ihrer kirchlichen Räumlichkeiten durchführen; und das Bischofsgelände betrachtet die Kirche als ihr Eigentum. Außerdem seien keine Transparente oder Sprechchöre gegen die Regierung zu sehen oder zu hören.

Der Besuch des Premierministers Nguyen Tan Dung bei Erzbischof Ngo Quang Kiet am 30.12.2007 und der Besuch des Vorsitzenden der vietnamesischen Bischofskonferenz am 16.1.2008 in Hanoi brachten keinen Durchbruch. So war zu hören, dass die Regierung bereit sei, die Apostolische Delegatur in Hanoi, den Wallfahrtsort La-Vang in Quang Tri und das Päpstliche Institut in Dalat an die katholische Kirche unter der Bedingung zurückzugeben, dass die Kirche alle weiteren Streitigkeiten über konfisziertes Kircheneigentum beendet. Die Kirche lehnte diesen Kuhhandel ab.

Die Lage eskalierte, als die Behörden den Zugang zur Apostolischen Delegatur und damit zur Pieta auch tagsüber versperrten. Nach der Feier anlässlich des 90. Geburtstags von Kardinal Pham Dinh Tung am 25.1.2008 marschierten 2.000 bis 3.000 Katholiken zur Apostolischen Delegatur. Es kam zu Handgreiflichkeiten mit der Polizei, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. Die Regierung stellte daraufhin ein Ultimatum und forderte den Erzbischof von Hanoi auf, die „illegalen Aktivitäten einzustellen“.

Zurzeit verhandeln der Vatikan und Vietnam über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Anfang 2007 besuchte der vietnamesische Premierminister den Papst in Rom.

Tagesbuch der Geschehen auf dem Bischofsgelände in Hanoi

Vom 15. Dezember 2007 bis 3 Oktober 2008

15.12.2007: In einem Hirtenbrief rief der Erzbischof von Hanoi, Ngo Quang Kiet, die Katholiken der Erzdiözese auf, die Bemühungen um Rückgabe der ehemaligen Apostolischen Delegatur zu unterstützen. Die Delegatur befindet sich auf dem Gelände des Bischofsitzes. Er wies daraufhin, dass es im Bischofsitz an Räumlichkeit fehle und der Bischofsitz keinen eigenen Raum für die Bischofskonferenz anbieten könne. Während dessen benutze die Regierung das Gebäude der ehemaligen Delegatur für kommerzielle Zwecke, erst als ein Suppenrestaurant und jetzt als Bank.

18.12.2007: Rund 4.000 junge Katholiken nahmen an einer Veranstaltung zur Ehrung eines namhaften vietnamesischen Kirchenkomponisten teil. Danach gingen rund 2.000 Personen auf das benachbarte Delegatur-Gelände und beteten dort für die Rückgabe der Delegatur.

19.12.2007: Polizisten bewachten die Delegatur, aber störten das Gebet nicht.

20.12.2007: Rund 5.000 katholische Priester, Ordenschwestern und Gläubige nahmen an der Weihe von 18 Priestern teil. Eine etwa zwei Meter große Pieta wurde unter einem großen Baum auf dem Gelände der Delegatur aufgestellt. Nach der Weihe marschierten 5.000 Katholiken dorthin und beteten an der Pieta. Seitdem brachten Katholiken täglich Blumen und Kerzen zu diesem Wallfahrtsort. Abends standen sie vor den verschlossenen Toren der Delegatur, um zu beten.

24.12.2007: Ein Holzkreuz wurde an dem Baum neben der Pieta angebracht.

26.12.2007: Die Regierung lies an den Wänden der Delegatur zwei Schilder mit dem Schriftzug „Kulturhaus“ und „Amt für Kultur, Information, Gymnastik und Sport“ anbringen. Die Katholiken betrachteten dies als Provokation.

30.12.2007: Premierminister Nguyen Tan Dung besuchte den Hanoier Erzbischof Ngo Quang Kiet und das umstrittene Gelände. Er beobachtete die friedliche Versammlung vor den Toren der Delegatur sowie die Unterschriftensammlung für die Rückgabe des Kirchengebäudes.

01.01.2008: 2.000 Menschen marschierten zur Delegatur. Enttäuscht stellten sie fest, dass der Zugang versperrt war. Die Tore der Delegatur wurden zum ersten Mal tagsüber mit Ketten verschlossen. Hinter den Toren lagen große Betonklötze. Die Katholiken standen friedlich vor dem Zaun und beteten. Die Polizei leitete den Verkehr um, ohne einzugreifen.

03.01.2008 : Während die Verhandlungen zwischen Regierung und Kirche liefen, sagt der Leiter des Zentralamtes für Religiöse Angelegenheiten in einem Interview mit dem britischen Sender BBC, dass die Kirche Bezeichnungen wie „Zurückfordern“ und „mein und dein Grundstück“ niemals benutzen sollte. Nach dem sozialistischen Gesetz sei das Land Volkseigentum und werde vom Staat verwaltet. Nach Bedarf stelle der Staat einzelnen Personen und Organisationen Grundstücke für langfristige Nutzung zur Verfügung. Katholiken werteten die Aussage als Verhärtung der Verhandlungsposition.

06.01.2008: Als Katholiken der Gemeinde Thai Ha des Erzbistums Hanoi die Bauvorhaben eines staatlichen Betriebs auf dem Gelände ihrer Kirche verhindern wollten, kam es zu Handgreiflichkeiten mit der Polizei. Auch in Thai Ha hielten Gemeindemitglieder schon seit dem 5.1.2008 Mahnwache auf dem Kirchengelände. Die dortige Kirche beklagte, dass ihr von den früher 60.000 qm nur noch 2.700 qm gelassen wurden. Auch hier war ein Status quo bis zur Findung einer gemeinsamen Lösung vereinbart worden. Zeitgleich demonstrierten weitere rund ein Tausend Katholiken am 6.1.2008 vor dem Gebäude des Volkskomitees der Stadt Ha Dong, das früher eine katholische Kirche war. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

10.01.2008: Der 90. Geburtstag des Kardinals und früheren Erzbischofs von Hanoi, Pham Dinh Tung, wurde zunächst im engen Kreis von Verwandten und Kirchenleiter gefeiert. Nach der Messe marschierten rund ein tausend Personen zum Delegatur-Gelände und beteten dort friedlich. Die Polizei griff nicht ein.

11.01.2008: In einem Brief an die Bischofskonferenz und an den Erzbischof von Hanoi warf das Volkskomitee der Stadt Hanoi dem Büro des Erzbischofs und der Gemeinde in Thai Ha vor, mit den Versammlungen gegen das Gesetz zu verstoßen.

16.01.2008: Der Vorsitzende der vietnamesischen Bischofskonferenz, Bischof Nguyen Van Nhon, reiste aus Hanoi ab, nachdem seine Verhandlung mit der Regierung über verschiedene Landstreitigkeiten erfolglos geblieben war. Seit dem 17.1.2008 übernahm Bischof Nguyen Van Sang von Thai Binh die Vermittlungsrolle.

25.01.2008: In der Kathedrale von Hanoi feierte Kardinal Pham Dinh Tung eine große Messe aus Anlass seines 90. Geburtstags sowie seines 60jährigen Priester-, 45jährigen Bischofs- und 15jährigen Kardinaljubiläums. Anschließend begaben sich 2.000 bis 3.000 Gläubige zur Delegatur und beteten vor den verschlossenen Toren. Eine Frau der ethnischen Muong-Minderheit kletterte über den Zaun und lief mit einem Blumenstrauß zur Pieta-Statue. Sie wurde von Sicherheitskräften abgefangen und misshandelt. Ein Rechtsanwalt überwand ebenfalls den Zaun, um ihr zur Hilfe zu kommen. Auch er wurde festgenommen und brutal geschlagen. Einige Dutzend Gläubige eilten ihnen zur Hilfe. Die aufgebrachte Menge riss das Tor nieder und strömte auf das Gelände. Sie forderten die Freilassung der beiden Festgenommenen. Als ihre Forderung kein Gehör fand, demolierten sie die Tür zum Arrestraum und befreiten ihren Glaubensbruder und ihre Glaubensschwester. Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Katholiken und Regierungsbeamten. Einige Dutzend Gläubige brachten ein vier Meter hohes Kreuz auf das Gelände und richteten es vor der Delegatur auf. Dann stellten die Katholiken mehrere Zelte auf, um das Gelände tags und nachts zu bewachen.

26.01.2008: Das Volkskomitee von Hanoi stellte dem Erzbischof von Hanoi ein Ultimatum: Bis 17 Uhr des 27.1.2008 sollte der Bischof die gesetzwidrigen Aktivitäten der Gläubigen einstellen, die Versammlung auflösen, die Pieta-Statue, das Kreuz und das Zeltlager vom Delegatur-Gelände entfernen lassen.

27.01.2008: Bis Fristablauf des Ultimatus versammelten sich 3.000 Katholiken auf dem Delegatur-Gelände und beteten vor dem Kreuz und der Pieta. Die Polizei beobachtete und filmte sie, ohne einzuschreiten.

28.01.2008: Bischof Nguyen Van Sang kam zum gemeinsamen Gebet auf das Delegatur-Gelände. Derweilen protestierte das Erzbistum Hanoi gegen die Verunglimpfungskampagnen in den staatlichen Medien und unterstrich, dass das Beten auf dem kirchlichen Gelände von der vietnamesischen Gesetzgebung gedeckt ist.

29.01.2008: Mehrere Fahrzeuge der Polizei und Armee fuhren auf das Delegatur-Gelände. Fernseh- und Fotografenteams filmten die versammelten Katholiken. Die beunruhigten Gläubigen lösten Alarm aus und riefen andere Gläubige zur Unterstützung auf. Innerhalb einer halben Stunde trafen 500 Personen ein. Es war ein falscher Alarm.

30.01.2008: In einem Brief an den Erzbischof von Hanoi rief Kardinal Tarcisio Bertone, Staatssekretär des Vatikans, zur Beendigung der Massendemonstration vor der Delegatur auf, um eine ruhige Atmosphäre für einen Dialog mit der Regierung zu schaffen. Er versprach dem Erzbischof die Unterstützung des Vatikans.

01.02.2008: Der Erzbischof von Hanoi, Ngo Quang Kiet, rief seine Gläubigen auf, die Gebetsversammlung vor der Delegatur aufzulösen, weil der Dialog zwischen Staat und Kirche begonnen habe und gegenseitigen Respekt erforderte. Am gleichen Tag bauten die Katholiken das Kreuz und das Zeltlager im Garten vor der Delegatur ab.

02.09.2008: Erzbischof Ngo Quang Kiet von Hanoi erklärte in einem Interview, dass er auf Empfehlung des Vatikans dem Weg des Dialogs gefolgt habe. Seit acht Monaten verhandelte er erfolglos mit der Regierung um die Rückgabe der Delegatur. Die schleppende Verhandlung habe auch zur Eskalation in der Gemeinde Thai Ha beigetragen, glaubt der Erzbischof. Er rief die Katholiken trotzdem zur Dialogbereitschaft auf.

09.09.2008: Erstmals seit Anfang des Konflikts drohte die Polizeileitung Erzbischof Ngo Quang Kiet und den Priestern in Hanoi Strafmaßnahmen an. Laut Polizeizeitung habe der Erzbischof den Hanoier Klerus angewiesen, einen gemeinsamen Solidaritätsbrief zu schreiben. Ferner hätten sich die Priester in Thai Ha schuldig gemacht, weil sie die Protestaktion der Gemeindemitglieder duldeten. Darüber hinaus warfen staatliche Medien der Kirche vor, „durch Massengebet, Politisierung, einseitige Berichterstattung und Internationalisierung des Konflikts Druck auf die Regierung ausüben zu wollen.“

13.09.2008: Zum ersten Mal seit acht Monaten demonstrierten erneut rund 1.000 Katholiken vor dem Tor der ehemaligen Delegatur.

16.09.2008: Zum sechsten Todestag des Kardinals Nguyen Van Thuan hielt Erzbischof Ngo Quang Kiet von Hanoi eine Messe. Kardinal Thuan wurde in den 70er Jahren von der kommunistischen Regierung zu 13 Jahre Haft verurteilt und befand sich nach Freilassung unter Hausarrest bis er 1989 nach Rom ins Exil ging. Dort wurde er später vom Papst zum Vorsitzenden des päpstlichen Komitees Justitia et Pax ernannt. Die Prozedur zur Seligsprechung wurde für ihn eröffnet. Der Ehrung für Kardinal Thuan rief Argwohn der kommunistischen Führung Vietnams hervor, die in ihm einen Feind sah, für die Katholiken aber war sie von großer Bedeutung in ihrem aktuellen Kampf für Gerechtigkeit.

19.09.2008: In der Nacht zum 19. September sperrte die Polizei das Gebiet um den Erzbischofsitz in Hanoi (auf dem sich die ehemalige Delegatur befindet) weiträumig ab. Gleich

darauf begannen Bauarbeiten auf dem Gelände vor der Delegatur. Der Ein- und Ausgang der Bewohner des Bischofssitzes wurden streng kontrolliert. Am Tag davor wurde dem Erzbischof mitgeteilt, dass das Volkskomitee der Stadt Hanoi das Grundstück um die Delegatur beschlagnahmt wird. Die Delegatur werde zu einer öffentlichen Bibliothek und die Wiese davor zu einem öffentlichen Park umgebaut. Damit beendete die Regierung die achtmonatige Verhandlung mit der katholischen Kirche über die Rückgabe der ehemaligen Delegatur. Hunderte von Katholiken versammelten sich zum Gebet vor der Absperrung in den Tagen danach.

19.09.2008: Mit Schreiben vom 19.09.2008 an die Staatsführung protestierte der Erzbischof von Hanoi über die behördliche Willkür. Er forderte die Regierung auf, die Absperrung um den Bischofssitz aufzuheben und die Sachbeschädigung auf dem Gelände der Delegatur einzustellen.

20.09.2008: In Begleitung von 19 Priestern protestierte Erzbischof Ngo Quang Kiet beim Volkskomitee der Stadt Hanoi gegen den Beginn der Bauarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Delegatur und die Absperrung des Bischofssitzes am Vortag. Die Rede des Erzbischofs bei dieser Begegnung wurde später von den Staatsmedien auf den Satz „ich schäme mich, einen vietnamesischen Pass in der Hand zu halten“ reduziert und für eine Hetzkampagne gegen den Erzbischof und die katholische Kirche benutzt. Die katholische Kirche protestierte gegen die staatlich gelenkte Kampagne.

21.09.2008: Erzbischof Ngo Quang Kiet wurde vom Vorsitzenden des Volkskomitees der Stadt Hanoi, Nguyen The Thao, verwarnet. Der Erzbischof solle seine gesetzwidrigen Aktivitäten umgehend einstellen, sonst würde er nach Gesetz belangt. Er habe die Pflicht, Priester und Gläubige zum Einhalten des Gesetzes zu bewegen. Sie haben alle gesetzwidrigen Aktivitäten einzustellen und umgehend alle Statuen und Kreuze an den Kultstätten entfernen. Der Erzbischof dürfe nicht, verleumderische Propaganda verbreiten, die Priester wie Gläubigen zu gesetzwidrigen Aktivitäten aufhetze und verführe.

25.09.2008: In seiner Entscheidung von 25.09.2008 hat das Volkskomitee des Hanoier Stadt-distrikts Hoan Kiem den Erzbischof wegen „eigenmächtigen Aufstellens von Gegenständen auf dem Grundstück Nr. 42 Nha Chung“ mit einer Geldstrafe von umgerechnet 75 Euro (1.750.000 VND) belegt. Die Gegenstände (das Kruzifix und die Marienstatue) sollten beschlagnahmt werden.

25.09.2008: Einige hundert blau gekleideten Jugendliche (vermutlich vom „Verband der kommunistischen Ho Chi Minh- Jugend“) strömen randalierend auf den Platz, wo die Katholiken seit Tagen vor der Absperrung mit Sichtkontakt zu der ehemaligen Delegatur beteten. Sie beschimpften und jagten die Katholiken vom Platz. Eine Gruppe der kommunistischen Veteranen- und Krieginvaliden-Organisation forderten die Priester im Bischofssitz auf, das Tor des Bischofssitzes zu öffnen. Währenddessen baute eine andere Gruppe das Kreuz und die Pieta-Marienstatue vor der Delegatur unter Aufsicht und Anleitung der Polizei ab und transportierten sie zum Bischofssitz ab. Der Erzbischof weigerte sich, das Kruzifix und die Statue entgegenzunehmen.

25.09.2008: Auf ihrer der jährlichen Tagung befasste sich die vietnamesische Bischofskonferenz mit dem aktuellen Konflikt um der Delegatur und dem Redemptoristen-Kloster. Der Vorsitzende des Volkskomitees der Stadt Hanoi hatte die Bischofskonferenz am 23.09.2008 schriftlich aufgefordert, „den Erzbischof Ngo Quang Kiet und die Priester Vu Khoi Phung, Nguyen van Khai, Nguyen Van That und Nguyen Ngoc Nam Phong nach Kirchengesetz zu bestrafen und sie außerhalb Hanois zu versetzen.“ Mit Schreiben vom 25.09.2008 beantworteten die Bischöfe die Beschwerde der vietnamesischen Regierung. Sie befanden, dass der Erz-

bischof und die vier Redemptoristen-Priester in Hanoi „nichts getan hatten, was gegen das aktuelle Kirchengesetz verstoßen hätte“.

In der Anlage zu dem o.g. Schreiben an die Regierung nahmen die Bischöfe auch eine grundsätzliche Stellung zu Fragen des Landstreits, der Medien und des Dialogs. Die vietnamesischen Bischöfe brachten ihre Meinung zum Ausdruck, dass die Gesetze über Land und Grundstücke in Vietnam viele Unstimmigkeiten bergen und einer Änderung bedürfen. Die Novellierung der Gesetze muss das Recht der Bürger auf Eigentum berücksichtigen, wie es im Artikel 17 der UN-Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist. Außerdem riefen die Bischöfe die Massenmedien auf, die Wahrheit zu respektieren. Nur wenn sie der Wahrheit Respekt zollen, würden die Massenmedien ihre informativen und erzieherischen Aufgaben zur Bildung einer gerechten, demokratischen und fortschrittlichen Gesellschaft erfüllen. Zum Schluss wünschen sich die Bischöfe den Verzicht auf Gewalt: *„Eine zufrieden stellende Lösung kann nur durch einen fairen, offenen und ehrlichen Dialog in einer friedlichen und respektvollen Atmosphäre erreicht werden.“*

01.10.2008: Wie jedes Jahr besuchte auch diesmal eine Delegation der Bischofskonferenz nach ihrer Jahrestagung den Premierminister. Die vietnamesische Presseagentur vnagency berichtete, dass *„der Premierminister sein Bedauern und seine Unzufriedenheit über die Fehler des Erzbischofs Ngo Quang Kiet geäußert hat, die dieser in der letzten Zeit begangen hat. Gemeint sind damit sein Standpunkt, das Organisieren und die Unterstützung der gesetzwidrigen Aktivitäten von Priestern und Gläubigen auf dem Gelände 41 Nha Chung [Anm. d. Ü.: der ehemaligen Delegatur] und auf dem Gelände 178 Nguyen Luong Bang [Anm. d. Ü.: des Redemptoristenklosters in Thai Ha], sowie seine respektlose und unkooperative Haltung gegenüber den Hanoier Behörden und beim Dialog, um eine geeignete Lösung zu finden. Der Erzbischof hat herausfordernde Worte gegen den Staat benutzt und Aussagen gemacht, die in jedem Kontext das Land und das Volk, die (internationale) Stellung des Landes und das Ansehen der vietnamesischen Gesellschaft verletzen würden.“* Ferner *„fordert der Premierminister den Erzbischof Ngo Quang Kiet auf, sich mit seinen Aktivitäten auseinander zu setzen, damit er sich selbst ändern und tatkräftige Schritte zur Bewältigung der gemachten Fehler unternehmen kann. Der Premierminister appelliert an die Bischofskonferenz, als Glaubensbruder und im gemeinsamen Interesse den Erzbischof Kiet zu unterstützen und ihm zu helfen, damit er sich an das Gesetz hält.“*

03.10.2008: In einer pompösen Zeremonie wurden auf dem Delegatur-Gelände der Park mit dem offiziellen Namen „Park Hang Trong“ und die „Bibliothek 42 Nha Chung“ eingeweiht.

03.10.2008: In einem Brief an die Katholiken in Vietnam nahm die Bischofskonferenz nochmals Bezug auf den Streit mit der Regierung um die Delegatur und das Redemptoristen-Kloster. Die Bischöfe wörtlich: *„Der Weg des Dialogs hinsichtlich der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des langfristigen Interesses für das Land ist ein langer Weg mit vielen Schwierigkeiten und Hindernissen. Er fordert Weisheit und Geduld. Deswegen bitten wir Sie, weiterhin zu beten - allein und gemeinsam, in den Gemeinden und Orden, im Geist der Einigkeit, der Liebe und des Friedens“.*

ANLAGE III
Namensliste der katholischen Gefangenen bzw. Angeklagten
Stand: 8. November 2008



Die „Zerstörung“ der Zaunmauer am 15.08.08 ⁴²



Ethnische Frauen der Muong-Minderheit mit Gongs auf dem Gebetsplatz ⁴³

Am Tag der Maria-Himmelfahrt rissen mehrere Katholiken am 15. August 2008 ein Stück von der zerfallenen „Zaunmauer von der Bekleidungsfirma Chien Thang AG“ ein, um einen Zugang zu ihrem Gebetsplatz zu öffnen. Danach wurde den Gebetsplatz gesäubert. Eine große Marienstatue und ein sechs Meter hohes Kreuz wurden in das Gelände getragen und auf dem Brunnen aufgestellt. Später wurden acht Katholiken deswegen verhaftet bzw. angeklagt.

⁴² Bild aus <http://vietcatholic.net>

⁴³ Bild aus den regierungsfreundlichen Websites in Vietnam: <http://www.anninhthudo.vn> und <http://vietnamnet.vn>

Mit Anklageschrift Nr. 178/KSDT vom 24.10.08 warf ihnen die vietnamesische Staatsanwaltschaft des Distrikts Dong Da (Hanoi) die

„Störung der öffentlichen Ordnung“

nach Artikel 245 des vietnamesischen Strafgesetzbuches vor.

Das vietnamesische Strafgesetzbuch sieht dafür eine Geldstrafe, eine Umerziehungsstrafe oder eine Haftstrafe von drei Monaten bis zu sieben Jahren vor.



Frau Ngo Thi Dung

(Jahrgang 1954)

Anschrift vor der Haft:

Số 306 C3 TT Vĩnh Hồ

Phường Ngã Tư Sở

Đống Đa

Hà Nội

Vietnam

Haftadresse: Trai giam Hanoi

Laut Anklageschrift habe Frau Dung am 15.08.08 ca. 1qm Zaunmauer zerstört. Mit anderen Katholiken habe sie zwischen dem 15.08 bis zum 24.08.08 auf dem Platz gebetet.

Frau Dung habe sich der Polizei am 24.09.08 gestellt, nachdem die Polizei einen Haftbefehl am 01.09.08 gegen sie herausgegeben hatte. Sie wurde in U-Haft genommen.



Herr Le Quang Kien

(Jahrgang 1945)

Anschrift:

Số 8 ngõ 162A Tôn Đức Thắng

Phường Hàng Bột

Đống Đa

Hà Nội

Vietnam

Laut Anklageschrift war Herr Kien an der Zerstörung der Zaunmauer am 15.08.08 beteiligt. Er habe ein Ziegelstein und ein Holzstück dafür benutzt. Er habe Stacheldrähte geschnitten und den Platz gesäubert. Er habe bis zu seiner Verhaftung mit anderen auf dem Platz gebetet. Er war am 28.08.08 festgenommen. Er wurde am 08.10.08 auf freiem Fuß gesetzt.



Frau Nguyen Thi Nhi

(Jahrgang 1962)

Anschrift vor der Haft:

Tổ 4 thị trấn Plây Cản

Ngọc Hồi

Kontum

Vietnam

Haftadresse: unbekannt

Laut Anklageschrift habe Frau Nhi mit sechs anderen ethnischen Frauen der Muong-Minderheit zwischen dem 26. und dem 28.08.08 die täglichen Prozessionen von der Kirche bis zum Gebetsplatz angeführt und dabei auf ihre Gongs geschlagen. Außerdem hätten sie am

25.01.08 über den Zaun der ehemaligen Delegatur geklettert, um Blumen zu der Marienstatue zu bringen. Sie sei von den Ordnungskräften aufgehalten worden. Sie habe ihnen Landraub vorgeworfen.

Sie wurde am 28.08.08 verhaftet.



Frau Le Thi Hoi

(Jahrgang 1947)

Anschrift:

số 8 ngách 62 ngõ Quan Trạm
Phường Phở Quan
Đống Đa
Hà Nội
Vietnam

Laut Anklageschrift war Frau Hoi an der Zerstörung der Zaunmauer am 15.08.08 beteiligt. Mit anderen habe sie 5 bis 7 Ziegelsteinreihen zerstört. Sie habe anschließend den Platz gesäubert.

Sie war am 28.08.08 festgenommen. Sie wurde am 26.09.08 auf freiem Fuß gesetzt.



Frau Nguyen Thi Viet

(Jahrgang 1949)

Anschrift:

A2 tổ 8 TT Thủy Tinh
Phường Thịnh Quang
Đống Đa
Hà Nội
Vietnam

Laut Anklageschrift war Frau Viet an der Zerstörung der Zaunmauer am 15.08.08 beteiligt. Sie habe mit ihren Händen und ein Holzstück getan. Anschließend habe sie den Platz gesäubert.

Sie wurde unterm Hausarrest gestellt.



Herr Pham Chi Nang

(Jahrgang 1958)

Anschrift:

khu 9, thôn Thường Lệ
xã Đại Thịnh
Mê Linh
Hà Nội
Vietnam

Laut Anklageschrift war Herr Nang an der Zerstörung der Zaunmauer am 15.08.08 beteiligt. Mit anderen habe er 4 bis 5 Ziegelsteinreihen abgenommen. Im Jahr 2008 habe er insgesamt 6 Male auf dem Platz gebetet.

Er war am 17.09.08 festgenommen, aber wurde am 30.09.08 auf freiem Fuß gesetzt.

**Herr Nguyen Dac Hung**

(Jahrgang 1977)

Anschrift:

thôn Đầm
xã Tân Hoà
Quốc Oai
Hà Nội
Vietnam

Laut Anklageschrift war Herr Hung an der Zerstörung der Zaunmauer am 15.08.08 beteiligt. Er habe den Rest der Mauer beseitigt, Stacheldrähte geschnitten und den Platz gesäubert. Nachdem er sich der Polizei gestellt hatte, war er am 02.10.08 festgenommen, wurde am 08.10.08 auf freiem Fuß gesetzt.

kein Foto
vorhanden

Herr Thai Thanh Hai

(Jahrgang 1987)

Anschrift:

63-B14 TT Nam Đồng
Phường Nam Đồng
Đống Đa
Hà Nội
Vietnam

Laut Anklageschrift war Herr Hai für 1 bis 2 Minuten an der Zerstörung der Zaunmauer am 15.08.08 beteiligt. Anschließend habe er auf dem Platz gebetet. Er wurde unterm Hausarrest gestellt.

Die Verurteilung

Wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Zerstörung des Eigentums“ hat das Mobile Volksgericht des Distrikts Dong Da (Hanoi) hat acht Katholiken in einem Prozess am 8. Dezember 2008 verurteilt:

- Frau **Ngo Thi Dung**: 13 Monaten Haft auf Bewährung und 22 Monaten Bewährungszeit;
- Herr **Le Quang Kien**: 13 Monaten Haft auf Bewährung und 22 Monaten Bewährungszeit;
- Frau **Nguyen Thi Nhi**: 15 Monaten Haft auf Bewährung und 24 Monaten Bewährungszeit;
- Frau **Le Thi Hoi**: 15 Monaten Umerziehung ohne Haft;
- Frau **Nguyen Thi Viet**: 12 Monaten Haft auf Bewährung und 24 Monaten Bewährungszeit;
- Herr **Pham Chi Nang**: 12 Monaten Umerziehung ohne Haft;
- Herr **Nguyen Dac Hung**: 12 Monaten Umerziehung ohne Haft;
- Herr **Thai Thanh Hai**: Verwarnung.

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

- Deutsche Sektion e.V. -

Borsigallee 9, 60388 Frankfurt a.M.,

Tel.: 069 420 108 0, Fax: 069 420 108 33,

E-mail: info@igfm.de, Web: <http://www.igfm.de>

Spendenkonto-Nr.: 23 000 725

Taunus-Sparkasse

BLZ: 512 500 00